Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 16.—22. Dez. 0,65 Goldmark. Einzelverkaufspreis: 15 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 289. Dienstag, 18. Dezember 1923. 30. Jahrgang.

Wahlkampf!

Dr. L. Lübeck, 18. Dezember.

Vielleicht lernen die bürgerlichen Parteien aus ihrem völligen Zusammenbruch, daß man mit anständiger Kampfesweise viel mehr Erfolge hat, als mit gehässigen persönlichen Verunglimpfungen einzelner Gegner. Vielleicht lernen sie auch daraus, daß ihnen kein Mensch mehr den alten Esel abkauft, der das Märchen von dem Terror in der Arbeiterschaft durch die dürren spießbürgerlichen Distelfelder schleppt. Und vielleicht gar wird ihnen nach und nach zum Bewußtsein kommen, daß sie mit dem persönlichen und verlogenen Kampf gegen Dr. Leber nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt haben. Doch haben wir nun keine Veranlassung, den Herren um Behn heute noch den Kopf zu waschen; sie werden es sich schon gegenseitig selbst besorgen. Aber die hängenden Ohren zu sehen, wäre uns immerhin ein Vergnügen; reinrassige Malteserhündchen müßten sich sicher geschlagen erklären ob dieses triefäugigen Katzenjammers."

So zu lesen im „Lübecker Volksboten" vom 14. November 1921. Also vom Tage nach der letzten Bürgerschaftswahl.

Man vergißt etwas leicht in der heutigen Zeit. Deshalb haben wir diese Zeilen abgedruckt. Zum Beweis dafür, daß die bürgerlichen Parteien vor der letzten Bürgerschaftswahl den gleichen persönlich-unanständigen Kampf geführt haben, wie jetzt vor dem Volksentscheid.

Auch damals haben sie sich gegenseitig überboten in bodenlosen Verleumdungen des Genossen Dr. Leber. Auch damals haben sie ihn mit allen Kraftworten des politischen Lexikons beschimpft: Bodenloser Hetzer! Landfremder Volksaufrührer! Herrschsüchtiger Diktator!

Die Quittung blieb nicht aus. Der Wahlausfall für die bürgerlichen Parteien war vernichtend. Selbst weite bürgerliche Kreise wandten sich damals empört ab, ob der Methode, den politischen Gegner persönlich so scham- und bodenlos zu verunglimpfen.

Die bürgerlichen Parteien haben seit 1921 nichts vergessen und nichts hinzugelernt. Sie fangen wieder mit der gleichen Schmutzmühle an.

Das volksparteiliche „Aufbau"blättchen hat von sachlicher Wahlarbeit bisher überhaupt nichts gebracht. Klatsch, Tratsch und allerhohlste Agitationsphrasen. Und jetzt fängt auch der „General-Anzeiger" an mit seinen wütenden Lufthieben gegen Dr. Leber.

Wir können ihnen allen heute schon ankündigen: Die bürgerlichen Parteien werden beim Volksentscheid denselben Mißerfolg erleben wie bei der Bürgerschaftswahl.

Damals haben weite bürgerliche (nichtsozialdemokratische) Kreise sich der Abstimmung enthalten, weil sie sich schämten, einer auf solch gemeine Verleumdungshetze aufgebauten Wahleinheitsfront anzugehören. Und auch jetzt regen sich im Bürgertum mehr und mehr die Stimmen, die sich angewidert abwenden von ihren Parteien.

Welcher anständige und gebildete Republikaner aus dem bürgerlichen Lager möchte auch etwas gemein haben mit den trostlos geistlosen Propagandaartikeln des „General-Anzeigers" oder der übrigen bürgerlichen Presse. Oder wer auch wollte etwas gemein haben mit dem niedrigen Hakenkreuzgeist, der die bürgerlichen Parteien bis zu den Demokraten hinunter mit allen Farben lackiert hat?

Wir müssen es uns heute versagen, auf die ungeheure Lügenflut einzugehen, die in den letzten Tagen über die Arbeiter, über die Sozialdemokratie, über die Genossen Leber und Haut niedergegangen ist. Größtenteils ist es auch derartig ungereimtes und tristes Zeug, daß man unter normalen Menschen damit ausgelacht würde. Um aber unsern Lesern greifbare Beweise der absoluten Gehirnverwirrung und der völligen Geistesschwäche auf der andern Seite zu geben, müssen wir doch einiges abdrucken — aber erst nach Weihnachten! Um bei unseren Lesern vor dem Feste den Glauben an die Menschheit nicht allzu sehr zu erschüttern.

Aber — wir können jetzt schon zufrieden sein mit dem Erfolg dieser Propaganda. Die anfängliche Gleichgültigkeit im Proletariat hat einem scharfen Kampfesmut Platz gemacht. Dutzendweise melden sich neue Mitglieder zur Partei. Und allein im Laufe der vergangenen Woche hat der „Volksbote" 500 neue Abonnenten gewonnen. Ein geradezu glänzender Erfolg bei der trostlosen Wirtschaftslage. Wir können also zufrieden sein. Und wir hoffen, daß allein diese Tatsachen genügen werden, um auch die letzten Zweifler in unseren Reihen mit absoluter Siegeszuversicht zu erfüllen.

Die Kampfbegeisterung des Proletariats wird gerade jetzt, unter dem unerträglichen Druck von Hunger und Elend, zu einer gewaltigen Volksbewegung aufschäumen. Die **Mitgliederversammlung des heutigen Abends** wird dafür ein Beweis sein! Wird die eherne Entschlossenheit und Geschlossenheit des sozialdemokratischen Aufmarsches gleich zu Beginn des Wahlkampfes aller Welt ankündigen.

Parteigenossen! Mit dem heutigen Tag setzt die Kleinarbeit an. Von heute ab bis zum 6. Januar steht jeder Proletarier im Dienst seiner Klasse; ist jeder Arbeiter, Beamte, Angestellte ein Kämpfer für Freiheit und Recht des Volkes!

Klärt alle Hungernden und Elenden auf! Die Sozialdemokratie in Lübeck hat den Kampf gegen die Ausgleicher und Ausbeuter des Volkes mit rücksichtsloser Energie aufgenommen. Führt ihr täglich neue Mitglieder, neue Kämpfer zu. Damit sie in unwiderstehlicher Kampffront alle Feinde des Volkes und der Republik niederwerfen kann. Damit dem Bürgertum und seiner Senatsmehrheit endgültig die Augen aufgehen über das Machtbewußtsein des Lübecker Proletariats!

*

Dieser Artikel war geschrieben, bevor uns die „Enthüllungen" des „General-Anzeigers" heute früh zu Gesicht kamen. Wir nehmen deshalb zu diesen „Enthüllungen" in einem besonderen Aufsatz (auf der zweiten Seite) Stellung.

Mietsteuer und Finanzausgleich.

SPD. Das Reichskabinett hat sich am Montag abend erneut mit der Mietsteuer und der Frage der Obligationen und des Finanzausgleichs beschäftigt. Ueber die Mietzinssteuer lag ein neuer Entwurf vor, der aber im Vergleich zu dem alten Entwurf eine wesentliche Aenderung nicht enthält. An der allmählichen Angleichung der gegenwärtigen Miete an die Friedensmiete und an ihre Ueberlassung zu gleichen Teilen an die Hausbesitzer bezw. Länder und Gemeinden wird festgehalten. Jedoch sieht der veränderte Entwurf eine Bereitstellung von einigen Hundert Goldmillionen aus den Mieteerträgnissen an das Reich vor, die dem Zweck, neue Wohnungen zu schaffen, dienen sollen. Wenn etwas für die Annäherung der Mieten an die Friedensmieten spricht, so ist es die Möglichkeit, auf Grund der höheren Mieten wieder bauen zu können. Dadurch könnten wir einige der wichtigsten Schlüsselindustrien, die täglich für 20 Goldmillionen an Bauwerten erzeugen, wieder flott machen, Unsummen an Erwerbslosenunterstützungen sparen und wirkliche neue Wohnungen schaffen. Diesem Zweck dient aber der Entwurf mit seiner ungenügenden Bereitstellung von einigen hundert Konzessionsmillionen für den öffentlichen Wohnungsbau nicht. Auch nicht durch die erhöhte Rente für die Hausbesitzer. Denn die Preise für Baumaterialien sind heute weit überjetzt und stehen auch in keinem Verhältnis zu den erhöhten Mieten, sodaß durch sie ein Anreiz zum Bau nicht geschaffen wird. Hier liegt schließlich das letzte Hindernis, den Hausbau wieder zu beleben. Normale Preise sind die Voraussetzung, den Hausbau wieder rentabel zu machen und privates Anlagekapital heranzuziehen.

An und für sich hat sich die Reichsregierung für die Einführung erhöhter Mieten den allerungünstigsten Augenblick gewählt. Wir wollen nur das wichtigste Argument herausgreifen, um die Unmöglichkeit, den Plan der Regierung durchzuführen, klar zu zeigen. Durch die Rentenmark haben wir tatsächlich einen Stillstand in der Preisbewegung erreicht. Preise und Löhne haben sich ausgeglichen, aber unter Umständen, die die Lebenshaltung der Bevölkerung so einschränken, daß eine weitere Reduzierung nicht mehr möglich ist. Die Zurückhaltung beim Kaufen in den Tagen vor dem Weihnachtsfest, trotzdem jetzt eine gewisse Verbilligung der Waren eingetreten ist, beweist das. Nun will das Reich die Goldmieten in wenigen Monaten auf den Friedensstand bringen. Was bedeutet das und wie werden die Auswirkungen dieser Maßnahmen sein? Die Miete brachte z. B. Mitte Oktober noch nicht 50 Millionen in Gold auf, während sie im Frieden mehr als fünf Goldmilliarden gab. Die gegenwärtigen Mieten müßten also nach Absicht der Regierung auf Kosten der Lebenshaltung und aus dem Lohneinkommen heraus um gut 4½ Milliarden und wenn man eine Entwertung des Goldes von ungefähr 40 Prozent berechnen will, um ungefähr 800 Goldmilliarden gesteigert werden. Das sind ungeheure Summen, die für die Mieter nicht erträglich sind. Das Einkommen der Bevölkerung, die zum größten Teil arbeitslos ist oder verkürzt arbeitet, läßt eine solche Belastung nicht zu. Nun versichert zwar die Regierung immer wieder, die Angleichung der gegenwärtigen Mieten an die Friedensmieten nur allmählich, also in einem Tempo vornehmer zu wollen, das die Steigerung wirtschaftlich und sozial tragbar macht. Das wird ihr nicht gut möglich sein. Soll die Mietzinssteuer Ländern und Gemeinden eine finanzielle Entlastung bringen, die überhaupt von Bedeutung ist, dann muß sie unbedingt zu Lohnforderungen führen. Und der Erfolg? Das ganze mühsam aufgebaute Preisniveau würde in wenigen Tagen revolutioniert, der Preisabbau sofort zum Stillstand kommen und durch eine Preissteigerung abgelöst werden. Wir haben fünf Jahre lang die Schraube ohne Ende miterlebt, die der Papiermark das Grab schaufelte und die in ganz kurzer Zeit auch der Rentenmark den Garaus machen muß. Die Regierung gibt — und darüber muß sie sich klar sein — das Signal zu der Rentenmarkinflation. Sie tut deshalb klug, an den gegenwärtigen Verhältnissen im Wohnungswesen, unter der Voraussetzung, daß eine Aufwertung der Hypotheken nicht erfolgt, solange nicht zu rühren, bis klare Verhältnisse eingetreten sind, die praktische und erfolgreiche Maßnahmen garantieren.

Ein wesentlicher Fortschritt!

Besserung der deutsch-französischen Beziehungen?

SPD. Berlin, 17. Dezember.

Das erste Mal seit langer Zeit ist die deutsche Regierung in der Lage, öffentlich festzustellen, daß die Antwort Poincares auf die von ihr unternommene diplomatische Aktion einen „wesentlichen Fortschritt" bedeuten kann. Auch wir sind der Auffassung, daß die gemeinsame französische und belgische Erwiderung als „Fortschritt" zu betrachten ist, ohne uns jedoch einem rosigen Optimismus für die Zukunft hinzugeben. Die guten Ansätze früherer Regierungen zu einer aktiven Reparationspolitik und ihr plötzlicher Verzicht, den beschrittenen Weg trotz moralischer Demütigungen fortzusetzen, ebenso über das Verhalten Poincares während der letzten Jahre warnen vorläufig vor großen Hoffnungen. Immerhin spricht die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage Europas dafür, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Zustände in Deutschland zu erreichen ist, wenn nicht wieder innerpolitische Rücksichten bei außenpolitischen Entschlüssen Anwendung finden. Schon tritt die Rechtspresse wieder auf den Plan, der Regierung in verhüllter Form wegen ihrer diplomatischen Aktion den Vorwurf des Landesverrats zu machen und sie zu warnen, auf die von Poincare gebotene Verhandlungsgrundlage zu treten. Diejenigen, die bereit waren, für die Teilnahme an der preußischen Futterkrippe ihre Prinzipien restlos zu opfern, vom Gegner der Erfüllungspolitik zu Hütern dieser Politik werden wollten, sie scheuen sich jetzt nicht, nachdem sie keine Verantwortung zu tragen brauchen, den alten Kurs des tatsächlichen Landesverrats weiterzusteuern. Gegen diese Infamie muß die Regierung von vornherein Front machen. Es erscheint uns als dringende Pflicht des Reichskanzlers Marx, der als Fraktionsführer des Zentrums an den Verhandlungen über die Bildung des Bürgerblocks beteiligt war, der Oeffentlichkeit endlich einmal das heuchlerische Spiel der Deutschnationalen vor Augen zu führen. Das ist notwendig, ehe die deutschnationale Hetze in einem dritten Ministermord ihre Auswirkung findet!

Klarstellung der deutschnationalen Infamie vor dem In- und Ausland und Fortsetzung der begonnenen Aktivität mit aller Energie sind politische Notwendigkeiten des Augenblicks, von denen für die Zukunft Deutschlands vieles, vielleicht alles abhängt. Der erste Schritt zu Verhandlungen ist gemacht, ihm müssen positive Vorschläge an die Regierungen der Gesamtentente folgen. Es handelt sich hier um Vorschläge, die nicht nur das Reparationsproblem, sondern im Zusammenhang mit dieser Frage das Rhein- und Ruhrproblem behandeln. Damit wird sie die Reichsregierung von vornherein abfinden müssen, daß ohne produktive Pfänder eine Regelung der Reparationsfrage nicht mehr möglich ist und deshalb jeder Versuch unnütz bleibt, jetzt eine restlose Räumung des Ruhrgebietes in aller Kürze zu erreichen. Es kann sich u. E. vorläufig nur darum handeln, an die Lösung der Reparationsfrage heranzutreten unter möglichst produktiver Gestaltung der besetzten Gebiete, die durch die Militärherrschaft wirtschaftlich schwer geschädigt sind. Daß die Aufrechterhaltung der gegenwärtig im Ruhrgebiet befindlichen Truppenstärke und die Eingriffe der Militärs in das Wirtschaftsleben eine Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit des Ruhrgebietes nicht fördern, ist unzweifelhaft und dürfte selbst von der französischen Regierung heute nicht mehr bestritten werden. Erst vor wenigen Tagen hat der sozialistische Abgeordnete Blum ohne Widerspruch Poincares von der Tribüne der französischen Kammer aus feststellen können, welche Unkosten für Frankreich mit der Besetzung verbunden sind. Es liegt u. E. deshalb nicht nur in deutschem, sondern auch im französischen Interesse, wenn die Besatzung auf ein Mindestmaß beschränkt wird, das zur Ueberwachung bestimmter produktiver Pfänder notwendig erscheinen könnte. Nur dadurch, nur durch die Ingangsetzung der Produktion und der Verwaltung ist es möglich, die großen Mittel, die jetzt seit Monaten unnütz vergeudet werden, den Reparationen zukommen zu lassen.

Dollar 4,2 Billionen.

1 Goldmk. 1 Billion, 1 Goldpfg. 10 Milliarden.

Gegen die Reichsmietsteuer!

Die fünf Gewerkschaftsbünde und der Deutsche Mieterverband haben gegen die geplante Reichsmietsteuer gemeinsam bei der Reichsregierung durch Uebermittlung nachstehender Erklärung Protest erhoben:

„Die unterzeichneten Verbände haben Kenntnis davon erhalten, daß die Reichsregierung die Neuregelung der Mietzinsbildung in einem Sinne verfolgt, der für die von Lohn und Gehalt lebenden Volksschichten untragbar ist. Sie sehen sich darum genötigt, die Reichsregierung nochmals und in letzter Stunde davor zu warnen, ihre am 27. Oktober ds. Js. überreichten Vorschläge über die Neuregelung der Wohnungswirtschaft unberücksichtigt zu lassen. Insbesondere weisen sie darauf hin, daß sie nicht imstande sind, die Reichsregierung in der Durchführung der geplanten Mietssteuer zu unterstützen, wenn nicht folgende Forderungen bei der Neuregelung Berücksichtigung finden:

1. Das reichsgesetzliche Hoheitsrecht für die Neuregelung der Wohnungswirtschaft muß auch weiterhin aufrechterhalten bleiben.
2. Die Aufwertung der gegenwärtigen Mieten darf nur nach Maßgabe der Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter erfolgen und hat auf den heute nicht übersehbaren Stand der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen.
3. Nach Abdeckung der Unkosten für eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Wohnungen ist jeder Mietsmehrertrag der privaten Bereicherung zu entziehen und zugunsten der Unterstützung leistungsschwacher Mieter und der Wohnungsbauwirtschaft in die öffentliche Hand zu überführen.
4. Das Reichsmietengesetz bleibt aufrechterhalten, unbeschadet einer vereinfachten und einheitlichen Durchführung durch die Länder.
5. Zur Linderung der Wohnungsnot muß aus der Wohnungs-

wirtschaft selbst schleunigst eine ausreichende gemeinwirtschaftliche Kapitalquelle erschlossen werden.

Schärfsten Einspruch muß die Absicht des Reichsfinanzministeriums hervorrufen, die Mieten zu einer Einnahmequelle für allgemeine Finanzbedürfnisse des Reiches, der Länder und Gemeinden zu machen. Abgesehen davon, daß wir einen solchen Steuerweg für unsozial halten, erscheinen uns die wirtschaftlichen Verhältnisse breitester Volkskreise derart, daß die beabsichtigte Beschreitung des von der Regierung vorgesehenen Weges eine Belebung der aus allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Gründen nötigen Bautätigkeit nicht zu erwarten steht. Durch das Darniederliegen der Bautätigkeit drohen nicht nur der Wirtschaft, sondern auch dem Staate, besonders im Hinblick auf die dadurch bedingte Arbeitslosigkeit, größte Schäden.

Zusammenfassend erklären die unterzeichneten Verbände, daß sie die bisher laut gewordenen Absichten der Reichsregierung nicht billigen können; sie müssen diese vielmehr im Interesse der von ihnen vertretenen Volksschichten aufs schärfste bekämpfen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. — Deutscher Gewerkschaftsbund. — Allgemeiner Freier Angestelltenbund. — Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten und Beamtenverbände. — Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. — Deutscher Mieter-Bund.

Die Hetze gegen Schacht.

In den letzten Tagen wird der Generaldirektor der Disconto-Gesellschaft Urbig neben Dr. Schacht als aussichtsreicher Kandidat für das verwaiste Amt des Reichsbankpräsidenten genannt. Tatsache ist, daß Urbig als aussichtsreicher Kandidat bisher nicht in Frage kommt, sondern lediglich von einzelnen Berliner Großbanken gern als Reichsbankpräsident gesehen würde. Diese Banken haben zu Urbig mehr Vertrauen als zu Schacht, der ihnen das viele Monate gegen unser Volk getriebene Inflationsgeschäft durch seine anerkennenswerte Tätigkeit als Währungskommissar schnell verdorben und damit zugleich ihr Vertrauen verspielt hat.

Wie der „Soz. Parlaments-Dienst" erfährt, dürfte die preußische Regierung ihren Vorschlag, dem Reichspräsidenten Dr. Schacht als Präsident der Reichsbank zu empfehlen, in der Dienstagsitzung des Reichsrats aufrechtzuerhalten. Es ist auch anzunehmen, daß die Mehrzahl der Ländervertreter, ausgenommen Bayern, dieser Kandidatur der preußischen Regierung nach wie vor ihre Zustimmung gibt, nachdem die Reichsregierung sich ebenfalls mit ihr einverstanden erklärt hat und die gegen Dr. Schacht erhobenen Vorwürfe sich im Verlauf einer Untersuchung als vollkommen nichtig herausgestellt haben. Schon bevor Dr. Schacht zum Reichswährungskommissar ernannt wurde, sind die jetzt von der Rechten gegen ihn erhobenen Beschuldigungen auf ihre Richtigkeit untersucht worden. Das Ergebnis war, daß die letzte Regierung Stresemann einstimmig beschloß, Schacht zum Währungskommissar zu ernennen. Eine bessere Rechtfertigung für Dr. Schacht und gleichzeitige Bloßstellung der deutschnationalen Verleumder konnte es u. a. nicht geben. Wenn trotzdem die deutschnationale Presse ihre Hetze gegen den jetzigen Reichswährungskommissar als Kandidat für das Amt der Reichsbankpräsidenten fortsetzt, dann erweist sich daraus die ganze Jämmerlichkeit der deutschnationalen Argumentation gegen Schacht. Es ergibt sich aber auch, daß die Angriffe tatsächlich rein persönlicher Art sind. Wie dürftig muß es um die Deutschnationalen bestellt sein, wenn sie schon gegen einen bewährten Mann mit Vorwürfen hausieren gehen, von denen sie vor ihrer Verwendung wußten, daß sie falsch und unberechtigt sind!

Rücksichtsloser Beamtenabbau.

Reich und Länder sind darüber einig, noch vor Jahresschluß, sozusagen als Weihnachtsbescherung, einen Beamtenabbau durchzuführen, der allgemein als ungeheure Härte empfunden wird. Dieser Abbau macht keinen Halt vor den staatlichen Einrichtungen, die im Interesse der Gesundung des Volkes, der Erziehung des Nachwuchses, der Behauptung unserer allgemeinen deutschen Kultur, unbedingt nicht abgebaut werden dürfen, er verschont nicht die Schulen und sonstigen Bildungsstätten, er greift ein in die sozialen Fürsorgestellen, die heutzutage dringender nötig sind denn je. Der Abbau in dieser Schroffheit, wie er gehandhabt wird, mutet um so eigentümlicher an, wenn man erfährt, daß eine Kategorie mittelbarer Staatsbeamter nicht abgebaut wird: die Pfarrer und Pastoren. Dabei belasten diese nach dem Stand der heutigen Gesetzgebung z. B. die Finanzen des Staates Preußen mit rund 90 Proz. ihrer Bezüge, während sie früher nur mit 27 Proz. der Staatskasse zu Last fielen. Diese verstärkte Belastung des verarmten Staates hat sich nicht zuletzt dadurch ergeben, daß die Kreise, die die Kirche beanspruchen, an der Spitze vor allem die Bauern, nicht im entferntesten daran denken, für ihren „Seelsorger" ein materielles Opfer zu bringen. Welches aber sind dann die Gründe für den Staat, nahezu die gesamte Last für die Geistlichkeit in dieser trostlosen Finanzlage sich aufzubürden und hier nicht abzubauen?

Deutscher Auslandskredit.

Antrag an die Reparationskommission.

Die vom Vorsitzenden der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, der Reparationskommission übergebene Note der deutschen Regierung lautet:

„Deutschland hat nach dem Ergebnis der letzten Getreideernte und nach den Erfahrungen der letzten Jahre einen Brotgetreide-Einfuhrbedarf von etwa 1½ Millionen Tonnen bis zum August 1914. Da der Ankauf, Verfrachtung über See, die Verteilung im Inlande auf die Mühlen, die Vermahlung und die Zufuhr des Mehles an die Verbraucher einen Zeitraum von mehreren Monaten erfordert, kann mit dem Ankauf und der Einfuhr dieser Getreidemengen nicht gewartet werden, bis die inländischen Getreidevorräte aufgebraucht sind. Die Einkäufe aus dem Auslande müssen auf einen langen Zeitraum verteilt werden, weil bei einem Zuwarten bis zur Erschöpfung der inländischen Getreidevorräte die Ergänzungskäufe nur zu stärker anziehenden Preisen erfolgen könnten und außerdem infolge der Verknappung der Inlandsvorräte eine übermäßige Steigerung des Inlandspreises eintreten würde. Deutschland ist für den Ankauf dieses Getreides auf die Aufnahme von Auslandskrediten angewiesen, ferner hat Deutschland nach den Erfahrungen der letzten Jahre zu seiner Fettversorgung einen Zuschuß von monatlich 10 000 Tonnen aus dem Auslande notwendig. Die Einfuhr dieser Fettmengen ist für den dringenden Lebensbedarf der deutschen Bevölkerung unerläßlich und ohne einen Auslandskredit gefährdet. Bei den Kreditverhandlungen, die aus den dargelegten Gründen eingeleitet worden sind, hat sich ergeben, daß ausländische Banken zu einer Kreditgewährung von 50 bis 70 Millionen Dollar bereit sind, aber nur unter der Voraussetzung, daß diesem Kredit die Priorität vor den Reparationsverpflichtungen Deutschlands eingeräumt wird. Die deutsche Regierung beehrt sich daher die „Repko" zu bitten, eine grundsätzliche Erklärung in der Richtung abzugeben, daß für einen für den Ankauf von Brotgetreide und Fett bestimmten dreijährigen Kredit bis zu 70 Millionen Dollar gemäß Art. 251 des Vertrages der Vorrang vor den Reparationsverpflichtungen eingeräumt wird. Die deutsche Regierung bittet die „Repko" im Hinblick auf die dargelegte Dringlichkeit um eine Beschleunigung ihrer Entscheidung".

Dieser Antrag hat sich, so wird offiziös erklärt, als nötig erwiesen, da inzwischen einwandfrei festgestellt ist, daß ohne diese Vorbedingung ein solcher Kredit nicht zu erlangen ist. Es bestehen berechtigte Hoffnungen, daß der Kredit gewährt wird, wenn die Reparationskommission den Vorrang zugibt. Nach dem Versailler Artikel 251 Absatz 2 haben die Kosten der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, soweit sie von den Ententeregierungen für notwendig erachtet werden, um Deutschland die Erfüllung seiner Wiedergutmachungsverpflichtungen zu ermöglichen, den Vorrang in dem Maße und unter den Bedingungen, die von diesen Regierungen festgesetzt werden. Die Reparationskommission hat nunmehr erneut die Möglichkeit zu zeigen, daß sie dem deutschen Volke die notwendigen Lebensbedingungen gewähren und damit die Voraussetzungen zur Wiederherstellung seiner Reparationsfähigkeit schaffen will.

Die sächsische Krise.

SPD. Dresden, 17. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Bildung einer neuen Regierung ist bisher nicht im geringsten fortgeschritten. Allem Anschein nach dürfte die Krise ein vorläufiges Ende durch Neuwahlen zum Landtag finden. In diesem Falle würde die Regierung Fellisch als Geschäftsministerium im Amte bleiben.

Volksrichter auf Abbruch.

Vom Republikanischen Richterbund wird uns geschrieben:

Nach Bericht der Presse beabsichtigt der Reichsjustizminister aus Sparsamkeitsrücksichten für die Strafrechtspflege eine zeitweilige Ausschaltung der Geschworenen und der Schöffen. Und zwar soll diese Maßnahme auf die Zeit bis April 1924 beschränkt sein, um alsdann von einer noch nicht näher dargelegten organischen Vereinfachung der Strafrechtspflege abgelöst zu werden. Sollte diese Nachricht zutreffen, so fordert der ebenso gefährliche wie kleinliche Eingriff in demokratische Grundrechte den stärksten Widerspruch heraus. Nicht zu verantworten wäre insbesondere auch das Zufallsergebnis, daß nur die Angeklagten, deren Aburteilung gerade in die begrenzte Sparzeit fällt, gezwungen sein würden, vor einem von Volksrichtern entblößten Strafgericht ihr Recht zu nehmen.

Eine Ordnungsstütze.

SPD. München, 17. Dezember.

Hinter verschlossenen Türen wurde in der vorigen Woche gegen eine bekannte Münchener Persönlichkeit, den Amtsgerichtspräsidenten und Oberlandesgerichtsrat Ries ein Disziplinarverfahren durchgeführt, weil er beschuldigt war, als Organisator und Vorsitzender einer Reihe von karitativen Vereinen Lebensmittel und andere Bedarfsartikel, die für die Hilfsbedürftigen gespendet waren, für sich verwendet zu haben. Die Unterschlagungen, die eine respektable Menge von Waren umfassen sollen, gehen auf Jahre zurück. Der Oberstaatsanwalt Aull, der die Klage vertrat, beantragte Dienstentlassung, während das Disziplinargericht aber nur auf einen Verweis erkannte. Der Oberstaatsanwalt hat Berufung eingelegt. Wie es heißt, soll Ries im Laufe des Montags verhaftet worden sein; eine Bestätigung dieser Nachricht war jedoch bisher nicht zu erlangen. Ries spielte in der Münchener Gesellschaft eine markante Rolle und war auch ein bevorzugter Vertrauensmann des Erzbischofs und Kardinals Faulhaber; auch sonst wurde er vielfach als eine hervorragende Stütze der Ordnungszelle angesehen und u. a. einmal als Kandidat für das Amt des Justizministers genannt.

War Kahr beim französischen Gesandten?

SPD. München, 15. Dezbr. (Eig. Drahtber.)

Eine sensationelle Aeußerung machte dieser Tage der Generalsekretär der deutschnationalen Mittelpartei in Bayern, Dr. Bärwolf, als er in einer Versammlung des Bundes „Bayern und Reich" in Kaufbeuren ein Referat über die Münchener Vorgänge am 8. und 9. November hielt. Nachdem er sehr vorsichtig um den Brei der Schuld herumgegangen war, sagte er u. a.: „Der Vormarsch nach Berlin wäre nicht an Truppen der Reichswehr oder gar der Kommunisten gescheitert, sondern an feldmarschmäßigen Truppen in blaugrauer Uniform und flachem Stahlhelm (französische Truppen. D. Red.). Nur dem persönlichen Eintreten des Herrn v. Kahr gegenüber der französischen Botschaft ist es zu verdanken, daß diese Frankreich so erwünschte Waffe ihm aus der Hand gewunden wurde und die Vormarschbefehle an der Mainlinie nicht in Geltung traten."

Der bayrische Generalstaatskommissar wird gut daran tun, zu diesem angeblich französischen Verkehr in der Nacht zum 9. November recht bald das Wort zu ergreifen.

„Enthüllungen" des General-Anzeigers.

Dr. L. Lübeck, 18. Dezember.

Offenbar weiß der „General-Anzeiger" gegen die sachliche Politik der Sozialdemokratie nichts mehr einzuwenden. Deshalb interessiert sie ihn jetzt nicht mehr.

Er verlegt sich jetzt auf ein neues Handwerk. Mit ungeheuren Ueberschriften enthüllt er der staunenden Bevölkerung von Lübeck ganz finstere sozialdemokratische Pläne.

Zuvor stimmt er das Lied von den älteren, bewährten und vernünftigen Genossen an, die mit den bürgerlichen Parteien immer zusammengearbeitet hätten und deshalb im Bürgertum auch besonders geschätzt würden.

Wir wissen nicht, ob die „älteren" Genossen sich durch solche Auszeichnung besonders geehrt fühlen. Wir bezweifeln es sehr. Denn zu alt und zu abgeleiert ist die Melodie, die immer die „bequemen" Sozialdemokraten als „vernünftig, ehrlich und verständig" bezeichnet, die „unbequemen" aber als ehrgeizige und unvernünftige Hetzer abtun möchte. Diese abgedroschene Melodie mag bei alten Kaffeeschwestern und Stammtischpolitikern Eindruck machen, bei klassenbewußten Proletariern aber nicht. Da hat sie noch immer die gegenteilige Wirkung hervorgerufen.

Folgt dann die zweite Strophe des Liedes: die Jagd nach der Futterkrippe. Und hier werden derartig lächerliche Behauptungen aufgestellt, daß wir sie unseren Lesern mitteilen müssen. Damit sie sich über die Fabulierkunst des Lübecker Stadtklatsches auch freuen können.

Also: Um das Reichstagsmandat für Lübeck bewarben sich die Genossen Haut, Dreger, Dr. Pieth, Dr. Haun und Dr. Leber. Dr. Leber spielte daraufhin Weihnachtsmann und holte aus dem Sack Senatsposten heraus, um die hungrigen Mäuler der anderen zu stopfen. Aber die Senatsposten reichten nicht aus, um alle seine Freunde zu versorgen, z. B. blieb der Genosse Weiß (landfremd) noch übrig. Diesem wurde deshalb der schöne Posten eines Staatsrates zugesprochen. So waren alle befriedigt und gesättigt.

Das ist der General-Anzeiger-Phantasie erster Teil. Und nun folgt der zweite: Mit weinerlichem Auge appelliert man an die „älteren" Arbeiter, daß man den Genossen Stelling mitleidlos auf die Seite geschoben haben, ohne ihn überhaupt zu fragen.

Alles das sei von der kleinen Clique der „tätigen" Genossen gutgeheißen worden, und der größere Kreis der Parteifunktionäre — Vorstand und Ausschuß genannt — seien nicht befragt worden.

Schon aus dieser letzten Bemerkung geht hervor, daß der „General-Anzeiger" seine ganzen Behauptungen aus dem Nebel einer düsteren Kombinationsphantasie geholt hat. Denn Vorstand und Ausschuß sind eine kleinere Vorinstanz von etwa 80 Genossen; die eigentlich entscheidende Instanz aber sind die Funktionäre, d. h. die tätigen Genossen in einer Anzahl von rund 6—800 Mitgliedern. Und diese Funktionäre waren es, die den Beschluß des Parteivorstandes „einstimmig" billigten.

Wir wollen unseren Genossen in wenigen Worten die Vorgeschichte der Reichstagskandidatur schildern. Der Gen. Stelling stand bisher auf der Wahlliste für Mecklenburg-Lübeck an zweiter Stelle. Diese zweite Stelle ist nach einer Abmachung für Lübeck verbehalten.

Nach der letzten Reichstagswahl ist der Genosse Stelling Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin geworden. Will er als solcher überhaupt noch für den Reichstag kandidieren, so ist es selbstverständlich, daß er auf der Wahlliste die erste Stelle bekommt, das heißt Spitzenkandidat wird.

Diese Auffassung wird von der Lübecker Parteiorganisation seit Jahren vertreten; und sie wird von den Mecklenburger Parteigenossen im wesentlichen geteilt. Und sie ist auch dem Gen. Stelling in keiner Weise unbekannt geblieben.

Die Frage, die die hiesige Parteileitung zu entscheiden hatte, war also die, ob Lübeck im Falle einer Spitzenkandidatur Stellings auf die zweite Stelle zugunsten eines weiteren Mecklenburger Kandidaten verzichten wollte.

Und diese Frage wurde eben von den Funktionären einstimmig verneint. Denn Lübeck als selbständiger Staat kann nicht dauernd auf jede Vertretung im Reichstage verzichten. Die Kandidatur Stelling an zweiter Stelle ist übrigens schon deswegen unmöglich, weil bei der beabsichtigten Verminderung des Reichstags auf die Hälfte, Mecklenburg-Lübeck nur noch einen sozialdemokratischen Abgeordneten stellen wird. Und der Ministerpräsident als Zählkandidat wäre doch wohl nur schwer erträglich.

Diese ganze Sachlage war seit Monaten restlos geklärt. Die eiligen offiziellen Beschlüsse der letzten Woche wurden dadurch herbeigeführt, daß die Mecklenburger Parteileitung zu Anfang Januar plötzlich einen Bezirksparteitag einberief (wegen der Landtagsauflösung), und deshalb noch vor Weihnachten die endgültige Entscheidung der Lübecker Organisation herbeigeführt werden mußte.

Diese tatsächliche Darstellung wird genügen, um jeden objektiven Beurteiler die absolute Lächerlichkeit der Anzapfungen des „General-Anzeigers" zu beweisen. Den schlechtesten Dienst hat man damit dem Genossen Stelling erwiesen. Denn er wird sich auf das schönste bedanken, in dieser Weise von bürgerlicher Seite sich gegen die Lübecker Sozialdemokratie ausspielen zu lassen.

Allerdings ist das Manöver so durchsichtig, daß jeder Sozialdemokrat, jeder, der die Verhältnisse in unserer Partei einigermaßen kennt, in ein schallendes Gelächter ausbrechen mußte.

*

Noch lächerlicher allerdings sind die „Enthüllungen" über die Verteilung von Senats- und Staatsratsposten. Man ist in der Königstraße das Opfer eines ganz plumpen und blöden Scherzes geworden. Wir wollen die General-Anzeiger-Phantasie mit weiteren Anregungen befruchten. Es ist richtig, daß diese Futterkrippenzuteilung beabsichtigt ist. Nur wissen Sie noch nicht alles: Es sind nämlich noch einige weitere Kandidaten für diesen Zweck in Aussicht genommen. U. a. Dir. Ernst Albert, Redakteur Max Knie und der erste Komiker des Stadttheaters Willi Walter-Böhne.

*

Zu der Verkleinerung des Senats werden wir morgen Stellung nehmen. Das Resultat wird für den bürgerlichen Senat ebenso vernichtend sein, wie die obige Richtigstellung für den „General-Anzeiger".

*

Auf die persönlichen Schmierereien wollen wir nicht eingehen. Das entspricht dem Niveau des „General-Anzeigers". Wir würden unsere Leser mit solchen Geschichten nur langweilen. Aber der Hinweis auf die Rolle des Genossen Weiß bei der „handgreiflichen" Auseinandersetzung in der Flora muß doch ergänzt werden. Es handelte sich um folgendes: Im Restaurationszimmer (nicht im Saal) der Flora wurden einige Genossen, besonders der Genosse Leber, aber auch die Genossen Haut, Wolfrath, Weiß, Dr. Pieth usw. von deutschnationalen Hakenkreuzlern in gemeinster Weise belästigt und beschimpft. Worauf sie mit einigen etwas derben Maulschellen hinausbefördert wurden. Was das mit dem Wahlkampf zu tun haben soll, ist das Geheimnis des Herrn Knie. Jedenfalls werden wir es uns auch in Zukunft nicht gefallen lassen, daß jeder dumme Junge mit dem Hakenkreuz im Knopfloch in der Betrunkenheit sich die unglaublichsten Frechheiten gegen Sozialdemokraten herausnimmt. Er muß dann eben „zur Ordnung" gebracht werden. Wir werden uns das auch in Zukunft zur Regel machen.

Der Arbeiter als Steuerzahler.

SPD. Das Kernstück der vom Reichskabinett inzwischen verabschiedeten Steuernotverordnung bildet die Aenderung der Einkommensteuer für das Jahr 1924. Dabei kommt der Neuregelung des Lohnabzugs besondere Bedeutung zu. Ist doch der Lohnabzug bisher der finanziell bedeutungsvollste Bestandteil der Einkommensteuer gewesen und zugleich die ertragreichste Steuer im ganzen deutschen Steuersystem überhaupt. Das geht aus folgenden Zahlen hervor:

1923	Anteil der Lohnsteuer in % des Gesamtaufkommens der Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben: der Einkommensteuer	Verbrauchsabgaben
Januar	90,7	29,8
Februar	93,5	27,7
März	94,7	35,4
April	78,8	24,9
Mai	53,6	18,3
Juni	82,3	33,5
Juli	92,3	29,0
August	56,0	17,0
September	90,4	18,8
Oktober	84,5	19,4

Danach brachte die Lohnsteuer im Durchschnitt der ersten zehn Monate des Jahres 1923 etwa 80 Proz. der gesamten Einkommensteuer. In dieser Berechnung sind die verhältnismäßig erheblichen Beträge enthalten, die im April und Mai 1923 von den Veranlagungspflichtigen als Steuer für das ganze Jahr 1922 entrichtet wurden. Nimmt man diese Beträge heraus, so ergibt sich ein Anteil der Lohnsteuer von etwa 90 Proz. Der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtaufkommen von Steuern betrug während der Monate Januar bis Juli durchschnittlich 30 Proz., von August bis Oktober durchschnittlich 20 Proz. Die Verringerung des Anteils der Lohnsteuer im letzten Vierteljahr ist aber keine Entlastung des einzelnen Steuerpflichtigen. Sie ist vielmehr hervorgerufen vor allem durch das starke Sinken des Reallohnes, durch die Massen-Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit. Sie ist in gewissem Umfang aber auch die Folge der stärkeren Steueranspannung, die seit August durch die erhöhten Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer, durch die Rhein-Ruhr-Abgabe und die Betriebssteuer eingetreten ist.

In keinem Lande der Welt bringt die Besteuerung des Arbeitseinkommens trotz viel höherer Reallöhne derart hohe Erträge. In England, Frankreich, Amerika und anderen hochindustriellen Ländern sind Einkommen aus Arbeit in Höhe von mehreren tausend Goldmark völlig steuerfrei, in Italien, Oesterreich usw. nur mit 2—3 Proz. Steuer belastet. Die gewaltige finanzielle Bedeutung des Lohnabzugs in Deutschland beruht vor allem auf der Erhebung an der Quelle. Sie ist ferner aber auch eine Folge der Inflation. Die Geldentwertung machte alle Besitzsteuern unwirksam. Für den Lohnabzug aber, der sofort bei der Lohnzahlung zu entrichten war und nicht erst Wochen und Monate nachher wie die Besitzsteuern, bedeutet die Geldentwertung eine gewaltige Verschärfung. Sie zerstörte die Wirkung der sozialen Ermäßigungen und führte dauernd zu einer unbeabsichtigten Ueberbelastung.

Von den sozialen Ermäßigungen beim Lohnabzug hatten ursprünglich die Freilassung von Einkommensbeträgen für den Verdiener selbst wie für seine Frau und seine Kinder den Sinn, das zum Lebensunterhalt Notwendige — das Existenzminimum — von der Steuer freizulassen. Auch nachdem die sozialen Ermäßigungen nicht mehr die Freilassung des Existenzminimums bedeuten konnten, hatten sie die wichtige Aufgabe, die Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die Lohnsteuer nach der Höhe ihres Einkommens und nach der Größe ihres Familienstandes abzustufen, also die Lohnsteuerbelastung umsomehr herabzudrücken, je geringer das Einkommen im Verhältnis zum Existenzminimum war. Die immer schneller vorwärts rasende Teuerung machte die Neufestsetzung der Ermächtigungsbeträge in immer kürzeren Zeiträumen notwendig. Während die Preise täglich stiegen, konnte die Anpassung nur wöchentlich erfolgen. Da außerdem die Beträge für die kommende Woche schon in der Mitte der vorhergehenden Woche festgesetzt werden mußten, ergab sich regelmäßig, daß die Teuerung schneller und weiter fortschritt als erwartet werden konnte und dadurch die Ermäßigungen unzulänglich und wirkungslos machte.

So kam es, daß beispielsweise ein Berliner Buchdrucker mit vierköpfiger Familie in diesem Jahre an Lohnsteuer zahlen mußte: in sechs Wochen 9—10 Proz., in zwölf Wochen 7 bis 9 Prozent, in zwanzig Wochen 5—7 Proz. und nur in sieben Wochen weniger als 5 Proz. seines Wochenlohnes. Die Durchschnittsbelastung in diesen fünfundvierzig Wochen betrug danach 6 bis 7 Proz., während sie, wie allseitig anerkannt, nur 4—5 Proz. betragen sollte. Erst in den letzten fünf Wochen, seitdem die Markentwertung in ruhigere Bahnen gelenkt ist, ist eine erträgliche Belastung eingetreten, sodaß sogar viele Arbeiter seit dieser Zeit gänzlich steuerfrei sind.

Ganz ähnlich waren die Wirkungen auf die Ermäßigungsbeträge zur Abgeltung der Werbungskosten. Sollten diese Werbungskosten, die bei einem gering bezahlten Arbeiter einen viel höheren Teil seines Lohnes verschlingen als bei einem gutbezahlten, ursprünglich ganz von der Steuer freilassen, so machten die Ermäßigungen für Werbungskosten beispielsweise bei einem Berliner Buchdrucker in der ersten Oktoberwoche nur 34,4 Proz. der tatsächlichen Werbungskosten aus, in der zweiten Oktoberwoche 18,9 Proz., in der dritten 11,5 Proz. und in der vierten nur 7,5 Proz. Erst seit der zweiten Novemberwoche sind die Ermäßigungen auch tatsächlich so hoch wie die Werbungskosten.

Diese augenblickliche Atempause, die als Ausgleich gegen die Ueberlastung während des ganzen Jahres dringend erforderlich war und von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durchgesetzt wurde, soll durch die Steuernotverordnung ihr Ende finden. Das Reichsfinanzministerium will auf Drängen der Arbeitgeber „Vereinfachungen" vornehmen. Nach dem Entwurf einer zweiten Steuernotverordnung soll der Steuerabzug vom Arbeitslohn auf eine neue Grundlage gestellt werden. Der Gedanke, das Existenzminimum steuerfrei zu lassen, soll ganz fallen gelassen werden, sodaß es künftig nur noch Ermäßigungen zur Abgeltung der Werbungskosten und zur Berücksichtigung des Familienstandes geben soll. Zur Abgeltung der Werbungskosten wird eine allgemeine Freigrenze eingeführt. Unabhängig von der Lohnhöhe sollen wöchentlich 12 Goldmark gänzlich steuerfrei sein. Der überschießende Betrag des Lohnes ist grundsätzlich mit 10 Proz. zu versteuern, jedoch ermäßigt sich dieser Steuersatz für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind um 1 Proz.

Diese Neuregelung bedeutet beispielsweise bei einem Wochenlohn von 30 Mark für einen ledigen Arbeiter eine Belastung von 6 Proz.; für einen verheirateten Arbeiter 5,4 Proz., bei einer dreiköpfigen Familie 4,8 Proz., bei einer vierköpfigen Familie 4,2 Proz., bei einer fünfköpfigen Familie 3,6 Proz. usw. In dieser Form ist die Neuregelung aller Voraussicht nach eine Verschärfung. Sie wird in einer Zeit vorgenommen, in der der Reallohn seinen niedrigsten Stand erreicht hat. Da 30 Goldmark bei der herrschenden Goldteuerung heute wenig mehr als 15 Friedensmark sind und da eine Erhöhung der Löhne über kurz oder lang kommen muß, ist die vorgeschlagene Belastung unerträglich. Insbesondere ist eine Freigrenze von 12 Goldmark bei weitem zu niedrig. Soll ein Kurzarbeiter, der drei Tage arbeitet und 15 Mark in der Woche verdient, von diesem Hungerlohn auch noch Steuern zahlen? Angesichts der ungeheuren Kurzarbeit wird hier die Gefahr einer neuen Ueberspannung des Lohnabzuges hervorgerufen. Seit 5 Wochen sind die meisten Arbeitnehmer lohnsteuerfrei, weil ihr Lohn weit unter das Existenzminimum gesunken ist. Eine solche lohnsteuerfreie Zeit wird es nach der Neuregelung nicht mehr geben, vielleicht nicht einmal bei Kurzarbeitern.

Solchen „Vereinfachungen", die einer Verschärfung gegenüber der bisherigen Belastung bedeuten, wird man die allergrößten Bedenken entgegenbringen müssen. Im übrigen ist festzustellen, daß die Steuervorlagen der Regierung, soweit sich bisher über ihre finanzielle Wirkung ein Bild gewinnen läßt, trotz harter Belastung im einzelnen unzulänglich sind und kein wirksames Mittel gegen die Inflation bieten. Deshalb ist die Stellung zum Lohnabzug abhängig von dem Gesamtsteuerprogramm der Regierung.

Devisen-Kurse.

Berlin, 18. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		17. Dezember.	16. Dezember.
		(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 596 000	1 596 600
Buenos Aires	1 Peso	1 346 625	1 346 625
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	192 518	193 515
Kristiania	1 Kr.	630 420	630 420
Kopenhagen	1 Kr.	748 125	748 125
Stockholm	1 Kr.	1 105 230	1 105 230
Helsingfors	1 finn. Mk.	103 740	103 490
Rom	1 Lire	183 540	183 540
London	1 £	18 354 000	18 354 000
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	221 445	223 440
Zürich	1 Frs.	730 170	782 165
Madrid	1 Peseta	550 620	550 620
Portugal	1 Escudo	151 620	151 620
Japan	1 Yen	1 985 025	1 995 000
Rio de Janeiro	1 Milreis	390 020	379 050
Wien	1 Kr.	59 850	59 850
Prag	1 Kr.	125 685	124 188
Jugoslawien	1 Dinar	48 378	48 878
Budapest	1 Kr.	218 452	218 425
Bulgarien	1 Lewa	30 423	29 925

Vermischte Nachrichten.

Deutsch-französischer Fußballkampf in Leipzig. Das „Echo de Paris" meldet aus Mainz, daß sich zum ersten Male seit Einstellung der Feindseligkeiten im kommenden Monat eine deutsche Fußballmannschaft mit einer französischen Fußballmannschaft im Leipziger Velodrom messen wird.

Erdbeben in Kolumbien. Aus Bogota meldet W. T. B.: Kolumbien ist von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. Durch Erdstöße wurden viele Personen getötet und eine große Anzahl verletzt. Die Stadt Kumbal an der Grenze von Ekuador wurde zerstört. Aus den Trümmern der Stadt wurden bereits 85 Tote geborgen. Die von Kumbal ausgehenden Straßen sind durch große Erdrutsche gesperrt.

„Ein ganzes Volk hört zu". Die Botschaft, die der Präsident Coolidge vor dem Kongreß von Washington verlesen hat, wurde tatsächlich von einem großen Teil des amerikanischen Volkes mitangehört. Viele Millionen Amerikaner verfolgten jeden seiner Sätze, sobald sie von seinen Lippen kamen, und mischten ihre Beifallsrufe in die Zustimmung der Senatoren und Abgeordneten, die viele hunderte und sogar tausende Kilometer entfernt an der feierlichen Sitzung teilnahmen. In Neuyork konnte man die Rede von Coolidge in Dutzenden von Läden hören, wohin sie durch drahtlose Telephonie aus Washington übermittelt und durch mächtige Verstärker vernehmbar gemacht wurden. Die Witterungsverhältnisse waren so vorzüglich, daß nicht ein Wort aus dem Munde des Redners verloren ging; es sei denn, daß der Beifall der Hörer an Ort und Stelle das Ende eines Satzes übertönte oder daß die begeisterten Zuhörer aus der Ferne ihrer Teilnahme allzu lauten Ausdruck verliehen. Empfangsapparate waren in den Restaurants fast überall aufgestellt, so daß die Besucher die Botschaft mit anhören konnten, während sie ihren Lunch einnahmen. Die Rede des Präsidenten kam buchstäblich aus den Wänden der Friseurgeschäfte und Warenhäuser, und während man sich die Haare schneiden ließ oder eine neue Bluse einkaufte, verkündet die Stimme des ersten Beamten der Vereinigten Staaten seine Anschauungen über den Völkerbund, über die Rüstungen, über Zölle und Kriegsschulden. Aehnlich wie in Neuyork war es in anderen Großstädten, so daß tatsächlich fast das ganze Volk der Botschaft zuhörte.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

PELZE
Garnituren f. Damen, Backfische, Kinder. Elegante Pelzjacken u. Mäntel in größter Auswahl. — Herren-Gehpelze fertig und nach Maß. — Fellvorlagen, Fußsäcke. — Sarfin-Pelzfelle zur Selbstverarbeitung — Zwanglose Besichtigung erbeten.
Pelzhaus Friedrich Zimmermann, Königstr. 24 Ecke Pfaffenstraße.
Ankauf von Roh-Fellen. (9546

Kees Doorik.

Ein flämischer Sittenroman
von Georges Eekhoud.

15. Fortsetzung.

„Meisterin, Sie wissen wohl, daß ich, seitdem Sie hier auf dem Weißhof sind, nicht ein einziges Mal die Hand in den Eierkorb gesteckt habe."

„Es wäre noch kein großes Verbrechen, wenn Sie die Eier diesen Morgen herausgenommen hätten, aber sobald Sie das verneinen, muß ich Ihnen wohl glauben."

„Wenigstens solange Sie mich nicht auf einer Lüge erwischt haben!" antwortete Kees, der durch die verdeckte Andeutung der Meisterin sich verletzt fühlte.

„Schon gut, schon gut! Wir wissen Sie ja zu schätzen, Kees. Die Herrin wird doch noch das Recht haben, ihre Untergebenen zu überwachen? Ich will von jetzt an näher auf Ihre Arbeit achtgeben; denn das ist jedenfalls sicher: die Eier waren da; gestern abend zählte ich deren neun."

Kees ging hinaus, aber einige Minuten später, als die anderen Knechte sich nach verschiedenen Seiten entfernt hatten und Annemie allein blieb, trat er ins Zimmer.

Was ihm, der doch die Uneigennützigkeit selbst war, auf dem Herzen lag, das war, daß sie ohne Grund seine erprobte Ehrlichkeit in Zweifel gezogen hatte, und noch dazu vor diesen Tagelöhnern und dieser Stallmagd, die so gemein wie neidisch waren, die sich jetzt über ihn lustig machten, weil der Meisterknecht mit ihnen auf eine Linie gestellt worden war.

Er fand die Meisterin niedergeschlagen vor dem Herd sitzen, den Rücken nach der Tür gewendet. Sie war so sehr im Nachdenken versunken, daß sie ihn nicht herankommen hörte.

„Meisterin Annemie!" sagte er, und bei dem traurig-ernsten Tone dieser Stimme fuhr sie auf und schaute nach ihm hin, während ein Ausdruck des Aergers auf ihrem Gesichte bemerkbar wurde.

„Ach, ich meinte, Sie seien aufs Feld. Was gibt es denn noch?"

„Meisterin", sagte er, „seit einiger Zeit glaube ich bemerkt zu haben, daß ich in diesem Hause zuviel bin. Anfänglich wollte ich mir selbst einreden, daß meine Augen und meine Ohren sich irrten. Was Sie mir vorhin gesagt haben, kann mir keinen Zweifel mehr lassen. Sie sind ärgerlich auf mich, Meisterin Annemie, und deshalb frage ich Sie um die Erlaubnis, ganz ruhig und ohne Streit fortgehen zu dürfen. Ich bin des Brotes überdrüssig, das man hier auf dem Weißhof ißt."

„Wie Sie wollen, mein Junge. Ich will Herrin bleiben. Wenn Sie keine Bemerkung ertragen können, so suchen Sie sich einen bequemeren Meister. Ich halte Sie nicht zurück."

Das sagte sie in einem fast zornigen Tone.

„Meisterin Annemie," fuhr Kees fort, „ich habe Sie eines Tages beleidigt, verzeihen Sie mir das, ich wußte nicht mehr, was ich machte. Der treue Freund konnte sich vergessen, der Knecht hat nie seine Pflicht versäumt, der Knecht hätte einen besseren Lohn erwarten dürfen. Nun gut, ich werde gehen."

„Hören Sie mal, Kees", antwortete sie jetzt sanfter, denn sie war doch unwillkürlich gerührt. „Ich muß es wohl einmal sagen. Ja, es ist besser, Sie gehen fort. Ich habe Ihre Gedanken erraten, Ihre Augen haben mirs gesagt; aber so etwas ist unmöglich, mein armer Junge."

„Haben Sie selbst denn nie daran gedacht, Annemie?" fragte er mit beklommenen Herzen.

Sie lachte laut auf, aber ihr Lachen war ein gezwungenes.

„Nein, es ist doch noch ärger bei Ihnen, als ich geglaubt hatte; aber mein Bester, man würde uns alle zwei ins Narrenhaus schicken . . ."

Doch wurde sie wieder zärtlicher, wie wenn sie für ihn jenes oberflächliche Mitleid gehabt hätte, das selbst die härtesten Frauen so gut zu zeigen verstehen.

„Sie sind ein guter Junge," fuhr sie fort, „ein treuer guter Gehilfe. Sehen Sie, was ich eben sagte, sollte Sie nur veranlassen, ohne Aufsehen fortzugehen. Ach, wenn Sie doch wenigstens einen Namen hätten, den Namen Ihrer Eltern — vielleicht! Sie wissen wohl, daß die Leute sich über uns aufgehalten haben; mein guter Name hat darunter gelitten. Ich werfe Ihnen das nicht vor, aber ich würde doch lügen, wenn ich sagte, das hätte mir nichts ausgemacht. Sie haben recht, es ist besser, wir bleiben nicht beieinander. Gehen Sie fort von hier und sogar fort aus dem Dorfe. Ach, Kees, tun Sie doch das mir zulieb. Denken Sie an Nelis Cramp, Ihren Wohltäter, und stören Sie nicht die Ruhe seiner Witwe. Ich jage Sie nicht fort, verstehen Sie wohl, ich werde Ihnen Geld geben . . ."

Sie weinte, während sie all das sagte, aber ihre Worte waren die eines klugen Weibes, das alles reiflich in Erwägung gezogen hat, bevor es einen Entschluß faßt. Die Anspielung auf die Wohltaten Cramps benahm dem armen Jungen seine letzte Illusion.

„Ja," sagte er mit einem bitteren Tone, „Sie waren beide gut gegen mich. Ich hätte unrecht, mich zu beklagen, und ich hatte den Kopf verloren, als ich mir etwas einbildete, was nicht sein kann. Nun, das ist ja vorüber. Leben Sie wohl, Meisterin; ich gehe fort. Behalten Sie Ihr Geld: Sie sind mir ja nichts schuldig. Ich verdanke Ihnen alles. Meine Stelle ist frei. Ein schöner, reicher Junge mit einem Familiennamen braucht sich nur zu melden. Ich wünsche Ihnen alles Glück!"

Er richtete sich auf und ging hinaus, doch nicht ohne zu wanken. Sie schämte sich und wollte ihn zurückrufen, aber er war schon auf den Hängeboden hinaufgestiegen. Mit fast stumpfsinnigem Ausdruck und dem wehmütigen Tone eines Betrunkenen stimmte er ein Lied von Corepain, dem Musikanten, an, während er in einem alten, karierten Tuche seine armseligen Kleidungsstücke — er war ja nur ein Bauernknecht, ein armer Teufel —, ein paar abgenutzte Bücher und seine Ersparnisse — vierhundert Franken in einem wollenen Strumpfe — zusammenband.

Die erste Person, der Kees beim Verlassen des Weißhofes begegnete, war Bella Sap.

„Guten Tag, Kees," sagte das Mädchen, „wohin gehen Sie denn in diesem Pilgergange mit dem Bündel am Stabe?"

„Ach Bella," sagte er, „ich verlasse den Weißhof. Ich habe mit der Meisterin Streit gehabt."

„Das ist Ihnen doch nicht ernst," antwortete Bella, die ihr chronisches Lachen vergaß, als sie die traurige Miene und das niedergeschlagene Aussehen des Burschen bemerkte.

„Doch, Bella, es ist ganz ernst. Ich muß fortgehen."

„Ist das denn so wichtig, was zwischen Ihnen vorgefallen ist?"

„Es ist nichts mehr an der Sache zu ändern."

Und er erzählte ihr den Vorfall mit den Eiern. Auf einmal aber, als er in den Augen Bellas eine freundliche Rührung zu bemerken glaubte, ergriff er ihre Hand und erzählte ihr sein ganzes Leid. Er war dem Schluchzen nahe, als er fortfuhr:

„Sehen Sie, Sie sind ein gutes Mädchen, Bella; ich kann Ihnen wohl alles sagen. Ich liebe die Meisterin Annemie; ich liebe sie so ehr, daß ich ihr es sagen mußte, aber sie ist zu stolz, es beleidigte sie, daß ihr Knecht sie liebte, und da hat sie denn einen Vorwand gesucht, um mich vom Weißhof fortzuschicken."

„Sie, Kees, Sie haben sich in die Annemie verliebt!" rief Bella aus. „Aber das ist ja etwas Neues, nein, das ist doch zu komisch!"

Sie konnte sich vor Lachen nicht mehr halten, und sie mußte sich sogar die Tränen mit ihrer Schürze abwischen. So herzhaft hatte die lustige Schwester schon lange nicht mehr gelacht.

„Bah!" konnte sie endlich nach diesem verrückten Lachen herausbringen, aber sie wagte es noch nicht, Kees ins Gesicht zu schauen. „Das ist kein Verbrechen. Trösten Sie sich; es gibt noch andere Höfe als den Weißhof, und noch andere Frauen, Kees, die so reich sind wie die Witwe Cramp, und die würden den Antrag eines ehrlichen und tüchtigen Jungen, wie Sie, besser aufnehmen. Sie brauchen ja nur zu suchen; ich will Ihnen sogar helfen, wenn Sie wollen."

Sie hätte fast noch mehr gesagt, und sich ganz verraten, aber sie dachte, es sei ein schlechter Augenblick, um ihm das mitzuteilen, und sie fragte ihn etwas anderes.

„Aber was wollen Sie denn jetzt machen?" sagte sie.

„Ich werde bei anderen Leuten in Dienst treten."

„Hören Sie mal," beeilte sie sich ihm zu bemerken, „kommen Sie zu meinem Vater. Er braucht einen Mann, auf den er sich verlassen kann. Ich habe ihn oft Ihre Arbeit und Ihren Charakter rühmen hören. Ich bin sicher, daß er sie annehmen wird. Noch eins, erzählen Sie ihm nichts von Ihrer Liebe zur Meisterin Annemie, das kann unter uns bleiben. Sie verstehen, die Geschichte mit den Eiern genügt schon. Auf Wiedersehen also, und verlieren Sie den Mut nicht."

Als sie das gesagt hatte, wandte sie sich ab, um sich die Augen zu reiben, denn sie war schon wieder von ihrem nervösen Lachen ergriffen worden. Sie ging weiter und ließ Kees ganz verdutzt dastehen, denn er schwankte zwischen Aerger und Dankbarkeit, gereizt, wie er war, durch das sonderbare Lachen dieses dicken Mädchens, und andererseits gerührt durch ihr Anerbieten, so daß er nicht wußte, ob sie Schläge oder Dank verdiente.

(Fortsetzung folgt.)

Spielwaren

größte Auswahl, billigste Preise.

Ernst Brandes

Breite Straße 9, beim Hansa-Caf

Neueröffnungen.

Ab Mittwoch, den 19. Dezember, haben wir unter der Leitung von Fräulein Wilcken in ihrem Laden

Beckergrube 13

eine Verkaufsstelle unserer Abteilung „Brotfabrik" eröffnet.

Im Hause **Hüxstraße 71**

eröffnen wir am Mittwoch, den 19. Dezember, eine Verkaufsstelle unserer sämtlichen Artikel.

Abteilung Brotfabrik.

Ab Mittwoch bringen wir in unseren sämtlichen Verkaufsstellen

Prima Hamburger
Braune Pfefferkuchen

und unsere Spezialität

feinste Hamburger Weihnachtsstollen

sowie sämtliche **Weizenbrotsorten** und täglich frische **Rundstücke** zum Verkauf.

Hanseatische Feinkost-G. m. b. H.
Hamburg - Lübeck.

9591

Wir empfehlen für vorteilhafte

Weihnachts-Einkäufe

Kammg.-Chev. u. Diag. Halbwolle . . . . . Mtr. 2.00	1.50	**Kleider-Zephyr** . Mtr. 1.60	1.30
Cheviot reine Wolle, 130 und 100 cm breit, marine und schwarz . . . . . Mtr. 3.80	2.90	**Oberhemden-Perkal** . . . . . Mtr. 1.35	1.10
Blusenstoffe in hübschen Mustern, teilweise mit Seiden-Effekt . . . . . Mtr. 1.50	1.10	**Bettsatin** prima Qualität 140 cm breit . . . . . Mtr. 3.20	2.70
Schotten in reicher Auswahl bis 105 cm breit . . . Mtr. 2,50 2,20	1.90	**Bettuchleinen** 140 cm breit . . . . . Mtr.	2.50
Mantelstoffe reine Wolle, kariert und meliert, 130 cm breit . . . . . Mtr. 7.50	6.50	**Hemdentuche** 80 cm breit . . . Mtr. 1.10	0.90
		Handtuchdrelle . . . . . Mtr. 1.10 0.90	0.70

Gardinen, Teppiche, Vorleger, Tischdecken, Steppdecken, Diwandecken. (9575

August Hacrder & Co.

Konsumverein

für Lübeck u. Umgeg. e. G. m. b. H.

Mitteilung an unsere Mitglieder!

Vielfachen Wünschen unserer Mitglieder entsprechend, haben wir

Gebrauchs- u. Schmuckgegenstände
in Glas, Porzellan und Steingut

in unserer Sonderabgabestelle

Königstraße 111, Ecke Aegidienstraße,

ausgestellt. Sie finden dort preiswerte **Eß- und Kaffeeservice, Tonnengarnituren** für die Küche, **Waschgarnituren, Tassen, Wein- und Likörgläser,** sowie **kunstgewerbliche Gegenstände.**

Unsere Mitglieder sollten auch diesen Bedarf im eigenen Unternehmen decken.

Geschäftszeit. Am Sonntag vor Weihnachten bleiben unsere Abgabestellen geschlossen. **Nur** unsere **Spezialabgabestelle Königstraße 111** ist am nächsten Sonntag, dem 23. Dezember, von **11—5 Uhr** geöffnet. **Wochentags** sind unsere **Abgabestellen** wieder von 8—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Geschäftsanteil. Die auf **Rentenmark** lautenden **Anteilmarken** sind eingetroffen und können in allen Abgabestellen entnommen werden. Brotgetreide wird zu jeweiligen Tagespreisen in Zahlung genommen. Wer unsere Betriebsmittel stärkt, steigert unsere Leistungsfähigkeit.

Abt. Sparkasse. Wir nehmen in allen Abgabestellen Spareinlagen in wertbeständigen Zahlungsmitteln an.

Abt. Schlachterei. Größere Bestellungen für die Weihnachtsfeiertage bitten wir im eigenen Interesse rechtzeitig in unsern Schlachterläden aufzugeben.

Der Vorstand. (9567

Stadthallen-Restaurant
Täglich
von 12—2 Uhr:
Guter bürgerlicher Mittagstisch
ab 6 Uhr: (9562
Speisen v. d. Pfanne.
Reichhaltige Speisekarte.
Cort Hanschen.

Auktion Mittwoch, 19. Dez., morgens 10 Uhr,
Dankwartsgrube 52, über Möbel aller Art, Kinderwagen, eis. Oefen, Bremuhezen, Lampen für Gas u. Petr., Bettzeug, Kinderbettstelle, viele Haus- und Küchensachen. (9563
Alwin Pump, Vereteigerer, Dankwartsgr. 52.
Einlieferung und Besichtigung v. Sachen täglich

Pferde-, Kuh- u. Kroll-Haare
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner
Dankwartsgrube 26,
Holstenstraße 8. (9544
Fernsprecher 3414.

Eis. Kinderbettstelle m. Matratzen z. verk. (9558
Werderstr. 11, I.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte.
9189

Spirituosen billiger! 9555
1. Jam-Rum-Verschnitt . . Liter M. 2.70
Weinbrand-Verschnitt . . . Liter M. 2.50
Doppelkümmel u. Akquavit . Liter M. 2.00
(¾ Liter-Flaschen entsprechend billiger.)
Ia. Liköre, erstklassige Marken, Flasche M. 3, 3.50 u. M. 4. Konkurrenzlos billig!
G. Grundmann, Lübeck, Schüsselbud 32. Tel. 418.

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Herren- und Knaben-Garderoben, eleg. Damenmäntel, Kleiderstoffe, Bettinlett, Lodenjoppen, Aussteuer, starke und elegante Schuhwaren, Schaftstiefel, Pantoffel usw. (9592
Das reelle Einkaufshaus für Arbeiter und Handwerker.

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch.
Gebissen, einz. Zähnen.
Willi Westfehling 9180
32 Holstenstr. 32

Pass. Weihnachtsgeschenk!
Schrankenlose Mächte.
Roman von (9520
Hugo Salamon,
Travelmannstr. 25, II.
— Preis 1,50 Mk. —

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Kolosseum
Morgen Mittwoch: 9543
Gr. Ball.
Kassenöffn. 5½ Uhr — **Joh. und R. Mittag.**

Deutscher Baugewerksbund.
(9572
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 19. Dez. abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, gr. Saal.
Tagesordnung:
Das Diktat der Industrie im Baugewerbe.
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.
Der Vorstand.

Volksbühne zu Lübeck e. V.
Sonnabend die große Oper „Die tote Stadt". Beitrag Mk. 1.15. Die Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, Karten, die nicht benutzt werden, bis Donnerstag 12 Uhr im Sekretariat, Johannisstr. 48, I., abzugeben. Einige Neuanmeldungen werden noch entgegen genommen. (9569

Hansa-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Doppelgastspiel Niemz-Schüßler
in der erfolgreichen Operette (9578
Katja, die Tänzerin.

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch, 7½ Uhr:
Die Walküre. (9541
Donnerstag, 7,30 Uhr:
Tosca.
Letzter Termin zur Einlösung der Dienstag Ab. Mittwoch nachm. von 3—6 Uhr an der Theaterkasse.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

9579

Zum Feste empfehlen wir:

Pfeffernüsse, Teegebäck sowie sämtliche Konditorei-Waren

in vielfach anerkannter vorzüglicher Qualität. Brot und sonstige Backwaren der Genossenschaftsbäckerei sind in den bekannten Stellen (ca. 300 Niederlagen) zu haben.

Der Vorstand.

NB. Ab 1. Januar errichten wir ein **Gold-Spar-Konto.** Die Einlagen werden mit 5 Prozent verzinst.

Gas cbm 230 Milliarden, Lichtstrom 550, Kraftstrom 300, Wasser cbm 130/260, heizbare Räume mit Leitung 195, ohne Leitung 65 Milliarden. (9561

Lübecker Volksbote

Beilage. Dienstag, 18. Dezember 1923. Nummer 289.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 18. Dezember.

Änderung der Lübeckischen Landesverfassung.

In dem gemeinsamen Ausschuß von Senat und Bürgerschaft, dem der Senatsantrag vom 23. Oktober 1923, betreffend den Erlaß eines zweiten Nachtrages zur Lübeckischen Landesverfassung vom 23. Mai 1920 zur Vorprüfung überwiesen worden ist, besteht Einverständnis darüber, daß der Art. 5 Abs. 3 der Verfassung aufzuheben sei. Nach Art. 5 Abs. 3 kann durch Rat- und Bürgerschluß im einzelnen Falle bestimmt werden, daß die Vorschriften des Absatzes 2 über die vollamtlich tätigen Senatsmitglieder auch auf weitere Senatsmitglieder Anwendung finden. Der Senat hat gegen die Aufhebung dieser Bestimmung keine Bedenken zu erheben und legt daher einen entsprechenden Nachtrag zur Landesverfassung hiermit vor.

Der erwähnte Senatsantrag vom 23. Oktober 1923, der eine Verringerung der Zahl der Senatsmitglieder auf 9 vorsieht, wird, wie dem Senat berichtet worden ist, im Laufe dieses Monats nicht mehr verabschiedet werden können. Im Hinblick auf den am 6. Januar 1924 stattfindenden Volksentscheid erscheint es daher geboten, die in ihm vorgesehene Regelung zunächst jedenfalls als Uebergangsbestimmung zu Art. 5 der Verfassung zu erlassen. Ein entsprechender Antrag ist auch in dem gemeinsamen Ausschuß gestellt, jedoch abgelehnt worden; statt dessen ist ein Antrag von Dr. Pieth angenommen worden, bis zur Erledigung des Senatsantrages vom 23. Oktober 1923 folgende Uebergangsbestimmung zu Art. 5 der Verfassung zu treffen:

„Bei der Neuwahl des Senates sind von den zwölf zu wählenden Mitgliedern fünf als ehrenamtliche Senatsmitglieder zu wählen; diese fünf erhalten während der Zeit ihrer Amtsführung lediglich eine nicht pensionsfähige Vergütung in Höhe von je ¼ des Gehalts eines Senatsmitgliedes."

Dieser Antrag entfernt sich so wesentlich von der Senatsvorlage vom 23. Oktober 1923 und enthält eine so wichtige grundsätzliche Aenderung der bisherigen Vorschriften über die Zusammensetzung des Senates, daß es dem Senate unmöglich ist, ihm ohne eingehende Prüfung, die gegenwärtig nicht geschehen kann, Folge zu geben. Die zu treffende Uebergangsbestimmung wird sich vielmehr nach Ansicht des Senates eng an die Senatsvorlage vom 23. Oktober 1923 anzuschließen haben.

Der Senat stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft, daß der Art. 5 Abs. 3 der Lübeckischen Landesverfassung vom 23. Mai 1920 aufgehoben werde und daß folgende Uebergangsbestimmung getroffen werde:

Für den Fall, daß vor Erledigung des Senatsantrages vom 23. Oktober 1923, betreffend den Erlaß eines zweiten Nachtrages zur Lübeckischen Landesverfassung vom 23. Mai 1920, eine Neuwahl des Senates erforderlich wird, sind nur neun Mitglieder neu zu wählen. Artikel 5 Absatz 2 der Landesverfassung findet mit der Maßgabe Anwendung, daß seine Bestimmungen für sechs Mitglieder gelten. Für einzelne ausscheidende Mitglieder findet eine Neuwahl nicht statt, bis die Zahl neun erreicht ist.

*

Zur Förderung des Wohnungsbaues. Die Finanzbehörde und die Baubehörde halten es im Interesse der Beschäftigung der Erwerbslosen für erforderlich, daß für den Wohnungsbau weitere Mittel bereit gestellt werden. Einem Antrage beider Behörden folgend, stellt der Senat zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß der Finanzbehörde und der Baubehörde zur gemeinsamen Verfügung zur weiteren Förderung des Wohnungsbaues ein Betrag von 100 000 Goldmark aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werde.

Achtung, Bürgerschaftsfraktion! Sitzung Donnerstag nachmittag 5 Uhr. Vollzählig erscheinen!

Ein Bote des Hochofenwerks bestohlen. Dem Boten des Hochofenwerks wurden am Freitag vormittag auf dem Wege zum Hauptpostamt (Eingang Braunstraße) angeblich bei einem epileptischen Anfall des Boten **36 615,75 Goldmark gestohlen.** Bis zur Stunde fehlt über den Verbleib des Geldes noch jede Spur. Das Hochofenwerk hat für die Wiedererlangung des Geldes eine Belohnung von zehn Prozent des Gesamtbetrages ausgesetzt.

Köpt Pevernät! So karg des Weihnachtsmannes Gaben auch sein werden, etwas Kuchen oder sonstiges Backwerk wird er doch auf den Teller legen. Dabei fehlen die Pfeffernüsse gewiß nicht. Und diese sind heuer ganz besonders gut geraten in unseren beiden eigenen Betrieben, der Lübecker Genossenschaftsbäckerei und dem Konsumverein. Die beiden freundlichen Backmeister der Genossenschaftsbäckereien haben miteinander gewetteifert, um etwas recht Knusperiges aus den Oefen zu bringen und damit groß und klein zu ergötzen. Die Rührteigmaschinen sind auch ununterbrochen in Tätigkeit, damit Kuchen, Torten und sonstige leckeren Sachen fein geführt werden, um auch einmal dem schaffenden Volke einen guten Bissen zu bieten. Warum soll dieses immer nur den Mund leer wischen? Es ist für jeden Genossenschafter selbstverständlich, daß er beim Einkauf in erster Linie die Erzeugnisse seiner eigenen Werke berücksichtigt.

Die Baupreis-Richtzahl für Lübeck ist nach einer uns von der Lübecker Brandkasse gewordenen Mitteilung von 1 618 Milliarden am 10. Dezember auf 1 526 Milliarden am 17. Dezember gesunken.

Ärzte und Krankenkassen.

Der Verband der Aerzte Deutschlands, Gau Lübeck, schreibt uns, der Artikel vom 14. Dezember über Aerzte und Krankenkassen enthalte unrichtige Aeußerungen, die wie folgt richtig gestellt werden müßten: Es wird behauptet, daß den Krankenkassenmitgliedern für die Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe „außer dem üblichen Gebührensatz noch ein Entwertungszuschlag aufgebrummt wird" und dies daraus begründet, daß sie nicht die ganze Summe von der Kasse zurückerstattet bekommen. Wie in der Bekanntmachung vom 1. Dezember mitgeteilt wurde, werden von diesem Tage an alle Kranke nur als Privatkranke behandelt, d. h. zu den sonst ortsüblichen und den wirtschaftlichen Verhältnissen des einzelnen entsprechenden Gebührensätzen. Die Aerzte sind an die von den Krankenkassen aufgestellten Gebührensätze, so lange der vertragslose Zustand besteht, nicht gebunden. Von einem Entwertungszuschlag kann deshalb ebenso wenig die Rede sein, wie von Schikane oder Aufhetzung gegen die Krankenkassen oder deren Vorstände.

*

Die Tendenz unserer Notiz vom 14. Dezember war darauf abgestimmt, daß die Aerzte ihren Streit gegen die Verordnung des Arbeitsministers auf dem Rücken der unschuldigen Krankenkassenmitglieder auskämpfen. Das ist der Schwerpunkt der ganzen Sache und wenn die Aerzte dann schon den Raum des Lübecker Volksboten in Anspruch nehmen, so hätten sie begründen müssen warum und weshalb den Mitgliedern, die in Sorge um ihre Gesundheit einen Arzt aufsuchen, die Weitläufigkeiten und Scherereien zugemutet werden, bloß, weil der Arbeitsminister eine den Aerzten nicht konvenierende Verordnung erlassen hat. Was der Ausdruck „Entwertungszuschlag" auf sich hat, den wir nur ironisch und daher in Gänsefüßchen gebrauchten, so mögen die Herren vom Verband der Aerzte Deutschlands, Gau Lübeck uns einmal erklären, was man sich bei folgenden Tatsachen denken soll. Selbstverständlich kommen unter den obwaltenden Verhältnissen Mitglieder der diversen hiesigen Krankenkassen zu uns, um sich über das Einzugsverfahren der Aerzte zu orientieren oder auch zu beschweren. Die Aerzte sagen oben, wir lassen uns bezahlen nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des einzelnen. Aus der Fülle der uns bekannt gewordenen Fälle in bezug auf das Honorar nur einige: Ein altes Mütterchen, das jedenfalls Klientin der Zentrale für private Fürsorge ist, mußte 3 Mk. für eine Beratung bezahlen. Ein Kleinrentner, der vom Wohlfahrtsamt Diäten bezieht, zahlte 2 Mk. 50 Pfg., ein in Arbeit stehender Vollarbeiter zahlte 1 Mk. und ein Arbeitsloser 50 Pfg. Jeder Fall natürlich bei einem andern Arzt. Diese Mannigfaltigkeit der Honorarlöhne (die wir noch vermehren könnten)) brachte uns auf die Vermutung, daß die Herren gewisse Methoden unserer Handelsbeflissenen nachmachen, aber nun wissen wir's, das Honorar richtet sich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des einzelnen.

Lübecker Teuerungsziffern.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgesetzte Normalration von Lebensbedürfnissen für den vierwöchigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde. Die Teuerungszahl selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Die Indexziffer dagegen gibt den Grad der Teuerung an, d. h. um wieviel zurzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Preisermittelung vom 17. Dezember 1923 berechneten Teuerungsziffern stellen sich folgendermaßen:

	Teuerungszahl in Billionen Mark	Indexziffer (1913/14 = 1) in Milliarden
Ernährung	65,770	1199,7
Heizung	8,550	1529,5
Beleuchtung	3,100	1469,2
Wohnung	3,470	192,9
Bekleidung	17,712	1333,0
Lebenshaltungskosten		
ohne Bekleidung	80,890	1004,6
mit „	98,602	1051,0

Die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck sind seit dem vorigen Montag (10 Dezember) weiter um 8 9 Prozent zurückgegangen. Ohne die Bekleidungskosten beträgt die Abnahme 10,7 Prozent.

Die Kirche hat einen guten Magen . . .

Drei Kirchengemeinden haben in der letzten Zeit mitgeholfen, Naturdenkmäler zu vernichten oder zu verschandeln. Auf den Einzelswiesen der bürgerlichen Presse wurde dagegen protestiert. Nun kommt der Lübecker Denkmalrat und liest den Kirchenvorständen ein Kapitel über ihre Eigenmächtigkeit. Wie er uns mitteilt, handelt es sich um Fällung von Eichen, die in Genin auf der Südseite der Landstraße im Knick standen und die im Gesamtbilde der Landschaft eine gewisse Rolle spielten. Diese Eichen waren noch nicht unter den Schutz des Gesetzes gestellt. Dem Kirchenvorstand in Genin wurde aber sofort mitgeteilt, daß dies geschehen sei und daß man sich jeden Eingriffes ihnen gegenüber enthalten solle. Der Kirchenvorstand hatte die Eichen bereits verkauft und diese waren schon soweit eingekerbt, daß sie nicht mehr zu retten waren.

Der Vorstand der St.-Aegidien-Kirchengemeinde hat jeden zweiten Baum in den Reihen an der Südseite der Kirche vernichten lassen. Der Denkmalrat hat sofort Einspruch erhoben und eine Einstellung der Arbeiten verlangt. Dies ist geschehen; aber trotz des Einspruches sind auch noch die zwei stehengebliebenen Bäume in unsachgemäßer Weise gekappt worden.

In einem dritten Falle in Travemünde ist es dem Denkmalrat gelungen, die Erhaltung mehrerer schöner Bäume an der Kirche in Travemünde gegen den Kirchenvorstand durchzusetzen.

Der Denkmalrat erkennt an, daß die wirtschaftliche Lage der Kirchengemeinden zurzeit nicht günstig ist und sie nicht wissen, wie sie die notwendigsten Bedürfnisse befriedigen sollen. Aber das darf kein Grund sein, daß sie nicht auch ihre Pflichten gegen die Allgemeinheit erfüllen; sie müßten vielmehr weiteren Kreisen mit gutem Beispiel vorangehen.

Es ist sicher die betrüblichste Tatsache in diesen ganzen Vorgängen, daß die Kirchengemeindevorstände nicht versucht haben, sich wenigstens vorher mit den zuständigen Stellen über die Möglichkeit der Erhaltung dieser Naturdenkmäler in Verbindung zu setzen. Der Verkauf der „Sacharerie" in Genin und Travemünde sei scheinbar mit bewußter Eile in die Tat umgesetzt worden, damit ihnen ja niemand in den Arm fallen könne.

Der Denkmalrat erläutert zum Schluß den Sinn des Denkmalschutzgesetzes und betont, es dürfe nicht vorkommen, daß sich ein Teil der Interessenten bewußt der Verhandlung entziehe. Wenn aber öffentliche Körperschaften, denen diese Gedanken nicht fremd sein sollten, doch ihnen entgegenhandeln, so müssen sie entweder ihre Privatinteressen soviel höher einschätzen als den im öffentlichen Interesse geplanten Schutz unserer Naturdenkmäler, oder aber sie müssen ohne jede Kenntnis der bestehenden Bestimmungen handeln. Beides würde gleich bedauerlich sein.

Eine neue Baugenossenschaft, an der sich sogenannte führende Männer der Bankwelt, des Baufaches, des Gewerbes, des Handels und der Industrie beteiligen, hat sich unter dem Namen Gemeinnütziger Wohnungsbau Lübeck e. G. m. b. H. gegründet. Sie will ohne Gewinnabsicht unter Zusammenwirkung aller zu erfassenden Kräfte Arbeit und Wohnungen schaffen. Der Bauplan soll mehr nach Notwendigkeiten als nach Idealen aufgestellt und durch Anwendung aller Erfahrungen und Vereinigung verschiedener Bauherren großzügig ausgeführt werden. Die Gesellschaft will unabhängig, aber mit Beteiligung des Staates arbeiten, dessen verschiedene Behörden den Plan tatkräftig unterstützen. Alle Vorarbeiten sind getroffen, mehrere Firmen haben sich bereits angeschlossen und erhebliche Beträge gezeichnet.

Ich kann den Blick nicht von Euch wenden . . . Die überseeische Auswanderung über Hamburg im November 1923 weist gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres wiederum erhöhte Ziffern auf. Während im November 1922 3555 Deutsche und 4988 Ausländer über Hamburg auswanderten, gingen im November 1923 8419 Deutsche und 2897 Ausländer nach Uebersee. Die Gesamtzahl der Auswandernden betrug im November 1922 8543, im November 1923 dagegen 11 316.

Mieterschutzverein Lübeck. Große wirtschaftliche Gefahren und Widerwärtigkeiten drohen der Mieterschaft durch die gegenwärtig unzweckmäßigen Maßnahmen der Reichsregierung. Am 12. d. M. tagte der erweiterte Bundesvorstand des Bundes Deutscher Mietervereine, dem auch der Lübecker Mieterschutzverein angeschlossen ist, in Dresden und beschloß, folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, den Reichsarbeitsminister, den Reichsfinanzminister, sowie den Fünfzehnerausschuß des Reichstages zu senden: „Die Reichsregierung beabsichtigt, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die schwer erkämpften Mieterrechte zu beseitigen, das Reichsmietengesetz aufzuheben und die Goldmiete zugunsten des Hausbesitzes und der allgemeinen Staatsfinanzen einzuführen. Zu diesen Fragen hat der Bund Deutscher Mietervereine mit den Landes- und Ortsorganisationen eingehend Stellung genommen und den Bundesvorstand einstimmig beauftragt, sofort das Volksbegehren einzuleiten, falls die Regierung ihre Absichten verwirklicht. Mieter Lübecks! Auch euch wird diese Maßnahme der Reichsregierung treffen, wenn ihr gleichgültig bleibt. Auf der einen Seite Gewährung unzureichender Gehälter und Löhne an die Beamten, Angestellten und Arbeiter, auf der anderen die Forderung hoher Goldmieten. Das Mieterschutzgesetz soll aufgehoben werden, d. h. der Mieter wird der Willkür des Hausbesitzers ausgeliefert. Das muß verhindert werden. Nur durch einen Zusammenschluß der Mieter ist dieses möglich.

pb. **Festgenommen** wurde ein Zimmermann aus Marganin in Rußland, der seinem in Neuvorwerk bei Berlin wohnhaften Bruder zwei Schinken und eine Speckseite gestohlen und das Diebesgut mit nach seinem jetzigen Wohnort in Schlutup genommen hatte. Das Diebesgut konnte bei ihm vorgefunden und beschlagnahmt werden.

pb. **Unter falschem Namen.** Wie berichtet, wurde am Freitag in einem Hause der Obertrave ein Mann festgenommen, der 5 Gänse gestohlen und diese an einen hiesigen Händler verkauft hatte. Bei seiner Festnahme gab er auf einen angeblichen Verräter einen Schuß ab, der glücklicherweise sein Ziel nicht erreichte. Der Festgenommene gab einen falschen Namen an. Wie sich jetzt herausstellte, handelt es sich um einen Wrangel aus Kiel, der verschiedene Straftaten auf dem Kerbholz hat und dieserhalb von mehreren Strafbehörden steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Diebstähle.** Im Restaurant der Brauerei Lück wurden 15 Tischdecken, zwei Kisten Zigarren, 500 Zigaretten, 20 Tafeln Schokolade, 18 Schachteln Bonbons und ein Friesvorhang von 3 Meter Länge gestohlen. Anzunehmen ist, daß dieselben Täter ein Nachbargrundstück der Brauerei heimsuchten und aus dem dortigen Stall ca. 20 sogenannte Landhühner stahlen, die sie an Ort und Stelle abschlachteten. — Aus einer Villa an der Moislinger Allee ist eine große Menge nasser Wäschestücke aus der Waschküche gestohlen worden. — Einem Landmann in Roggenhorst wurden mittelst Einbruches mehrere Paar Schuhe, 1 Pelzkragen, 1 Herrenlodenmantel, 1 Winterpaletot, 1 Herrenjoppe, 1 Damenjacke, 1 Jagdhut, 1 Umschlagetuch, eine Anzahl Messer, Gabeln und Löffel, 6 Pfund Butter, 5 Pfund Käse, 3 Schwarzbröte, 1 geschlachteter Hahn, 1 Damenfahrrad, 2 Kisten Zigarren und kleine Handstickereien gestohlen.

pb. **Ein Schwindler.** Vorige Woche erschien bei einem in der Kanalstraße wohnhaften Kolonialwarenhändler ein anscheinend dem Seemannsstande angehöriger Mann und bot dem Geschäftsinhaber einen Posten Mehl an. Vorsichtshalber hatte letzterer seinen 14jährigen Sohn mit dem Gelde mitgeschickt, um das Mehl erst gegen Empfangnahme bezahlen zu lassen. Diesem Schwindler gelang es aber, dem jungen Menschen schon vorher das Geld abzunehmen und auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden. Denselben Trick vollführte der Schwindler am Sonnabend bei einem in der Schwartauer Allee wohnhaften Bäcker, dem er ebenfalls ein größeres Quantum Mehl zum Kaufe anbot und vorgab, daß das Mehl ein Teil seiner Löhnung darstelle, welchen er von einem Schiffer eines am Klughafen liegenden Schiffes zu beanspruchen hätte. In letzterem Falle gelang es ihm, den Kaufpreis von über 100 Goldmark von dem leichtgläubigen Kaufmann sofort zu erlangen, um daraufhin mit seiner Beute zu verschwinden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein, Ortsgruppe Schönböcken. Mittwoch, den 19. Dezember, abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Wolfradt.

Stadttheater. Mittwoch: „Walküre". Donnerstag: „Tosca". Freitag: Erstaufführung von „Hasemanns Töchter".

Hansa-Theater. Das Interesse, welches das Publikum an den beiden so beliebten Gästen Niemz—Schüßler bekundet, hat die Direktion veranlaßt, das Gastspiel bis zum Sonnabend, den 22. d. Mts. zu verlängern. Gegeben wird die interessante Opereite „Katja, die Tänzerin".

Angrenzende Gebiete.

Ratzeburg. Das Schalseeprojekt. Der Kreistag für den Kreis Lauenburg beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung wieder mit dem Schalseeprojekt. Die Genehmigung zur Entnahme des Wassers aus dem Schalsee und zur Einleitung in den Ratzeburger See zwecks Errichtung eines Kraftwerkes ist vom Bezirksausschuß in Schleswig inzwischen erteilt und der Kreis tritt nach Ablauf der Einspruchsfrist in unumstrittenen Besitz der Konzession. Ferner ist es gelungen, mit den Anliegern wegen der Geländehergabe zu einer Einigung zu gelangen. Da auch von Lübeck, das infolge seiner Wasserversorgung durch den Ratzeburger See an dem Projekt interessiert ist, Bedenken gegen das Werk nicht erhoben wurden, ist nunmehr die Bahn frei für die Durchführung des Planes. Man hofft, die Arbeiten so zu fördern zu können, daß das Werk bereits im Herbst 1925 dem Betrieb übergeben werden kann.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Das gewandelte Teufelchen", Weihnachtsmärchen in 8 Bildern von Paul Herm. Hartwig.

Wie schwierig es ist, ein Märchenspiel für Kinder zu schreiben, bewies auch dieses Stück, das sich vor allem durch seine Länge und seine betonte Lehrhaftigkeit den Weg zu den Herzen der kleinen Hörer erschwert; zu viel frommer Präceptor, zu wenig Poesie. Die Idee vom gewandelten Teufelchen, das aus schwarz weiß wird, ist ja ganz hübsch, aber dann gebt sie den Kindern mit leuchtenden und lachenden Augen und entlockt der Jugend auch einmal das goldene Kinderlachen — wie sehr können wir das brauchen, wie sehr verlangen die Kleinen danach — und bleiben auf die Clownspäße eingelegter Darsteller-Extempores angewiesen. Der Handlung fehlte straffer und klarer Aufbau; dem Verständnis der Kinderseele wird sie sich jedenfalls dann leichter erschließen, wenn sie gibt, was das Kind kennt und liebt — einen Märchenstoff aus Wald und Welt — hier gibt's einen Prolog im Himmel, eine Symbolik, die dem Teufelchen weiße Pflasterchen auf den Fersen klebt und eine Handlung, der die Kleinen, wenn ich recht

beobachtet habe, mit Mühe folgten (die übrigens im 5. Bilde in einem recht dünnen Rinnsal versandet und aus lauter Verlegenheit einen überlauten Weihnachtsmarkt aufbaut). Und dann für die Darstellung: Erste Bedingung ist, daß die Hörer die Bühne verstehen, im rücksichtslosen Leisesprechen leistete vor allem Fräulein Hohenfeldt immer Beachtenswertes. — Das Stück, in der leuchtenden und sinnfälligen dekorativen Ausstattung von den Herren Joh. Schröder und Herm. Schlüschen trefflich bedient, war von Herrn Walter-Böhne sorgsam vorbereitet, er selbst wirbelte als grotesker Teufel über die Bretter — zum Jubel der Kleinen. Das Ballett legte Ehre ein mit einem anmutigen Schneeflockentanz, und die kleinste Ballett-Ratte, Fräulein Lotte Jack, bewies als Tänzerin und Sprecherin reifes Können! — Die leise Zwischenaktsmusik störte (so sehr und gewandt sich Herr Ernst G. Stoffer um sie bemühte); man will doch laute Bemerkungen mit der kleinen Nachbarin tauschen, sich über den Lauf der verwickelten Begebenheiten bei Mutti Rat holen — und vom guten Onkel Bonbons!

„Die Fledermaus", Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.

Als fröhlicher Vorbote froher Silvesterstunden meldete sich die unsterbliche Fledermaus, ein Lieblingskind einer hohen Theaterbehörde, bestimmt für Silvester-Tradition: alle Jahre wieder . . . es gibt auch andere gute und kurzweilige Operetten. Jedenfalls, wer am Jahresschluß allen irdischen Jammer in herzbefreiendem Lachen ersticken will, soll hingehen — diese echte Phäaken-Stimmung (dazu Frl. Ena Döhle, Frl. Studt, Frau Kehrbach, die Herren Kopp, Beerenkamp, Hartmann und der unvergleichliche Frosch-Pokorny) wird ihn gefangen nehmen. Herr Kapellmeister F. Weidlich setzte sogleich mit der frisch und rassig gespielten Ouvertüre temperamentvoll ein (widerwärtig waren die Störungen der zu spät Kommenden — gibt es keine Hausordnung?). Die szenische Leitung war Herrn Pokorny mit Erfolg anvertraut. Das Ballett erhöhte den Reiz des farbigen Bildes im zweiten Akt und stellte in Frl. E. Werner eine anziehende Darstellerin der Ida. Das Publikum zeigte sich sehr beifallsfreudig. H.

Gescheiterte Lohnverhandlungen in der Landwirtschaft.

Am Freitag, 14. Dezember, fanden endlich die bereits Ende Oktober seitens des Deutschen Landarbeiter-Verbandes beantragten Lohnverhandlungen statt. Die Forderung der Arbeitnehmer war, Einführung der Goldlöhne an Stelle des bisherigen Roggenlohnes. Gefordert wurden für die Deputatarbeiter 20 Pfg., ständige Freiarbeiter 40 Pfg., unständige Freiarbeiter 45 Pfg., für Wochenlöhner 25 Pfg. und für verh. weibliche Arbeitnehmer 32 Pfg. die Stunde. Für Melkfrauen pro Tag 1,50 Mk. und für jugendliche Knechte und Mägde bis 18 Jahre 25 bis 40 Mk., über 18 Jahre bis 50 Mk. und für Knechte über 22 Jahre 70 Mk. pro Monat. Des weiteren wurde eine Erhöhung der Zulagen für Gutshandwerker, des Schmutz- und Geschirrgeldes sowie eine tägliche Zulage für Pferdepfleger von 30, 20, 25 und 15 Pfennigen in verschiedenen Klassen gefordert. Auch in der Landdienstenfrage wurde ein Vorschlag zur Beseitigung der vorhandenen Unebenheiten den Arbeitgebern unterbreitet.

Diese Forderungen hielten sich im Rahmen des unbedingt Notwendigen und deckten sich weiter mit dem, was seitens verschiedener Arbeitgeber ihren Arbeitern gegenüber als erforderlich bezeichnet wurde. Bei der Verhandlung zeigte sich jedoch genau so wie bei den übrigen Verhandlungen, daß solche Reden nicht mit den Absichten der Arbeitgeber in Einklang zu bringen sind. Die Arbeitgeber erklärten angesichts der Forderung der Arbeitnehmer, ihr Angebot von einem Abbau der Deputate und einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig machen zu müssen. Also! Genau wie in der Industrie, tritt auch bei den Arbeitgebern in der Landwirtschaft der Gedanke des Abbaues der Löhne sowie der Verlängerung der Arbeitszeit in den Vordergrund. Es war wirklich kein Wunder, wenn man als Musterbeispiel die Haltung der Regierung in der Beamtenfrage hinstellt.

Die Lohnkommission lehnte das Ansinnen der Arbeitgeber einstimmig ab, erklärte sich aber bereit, den festumrissenen Vorschlag der Arbeitgeber der Kollegenschaft im Lande zur Kenntnis zu bringen und eine Abstimmung darüber vorzunehmen.

Darauf unterbreiteten die Arbeitgeber folgendes Angebot: In der Voraussetzung, daß hundert Stunden im Jahre mehr gearbeitet werden und zwar in der Zeit vom 15. Januar bis 28. Februar 35 Stunden, und im Sommer 64 Stunden, und daß ferner das Deputatkorn von 30 auf 24 Zentner verringert wird und zwar 12 Zentner Roggen, 10 Zentner Gerste und 2 Zentner Weizen, bei den bäuerlichen Betrieben die Leistungsgrenze auf 100 Hektar erhöht wird und weiter das Milchdeputat im Sommer auf 2 Liter und im Winter auf 1 Liter pro Tag herabgesetzt wird, soll ein Deputatarbeiter mit Kuhhaltung 8 Rentenpfennige, ein Deputatarbeiter ohne Kuh 10 Rentenpfennige erhalten. Falls das Feuerungsdeputat nicht geliefert werden kann, soll es mit 36 Mk. abgelöst werden. Ständige Freiarbeiter sollen einen Stundenlohn von 25 Rentenpfennig, unständige bis zu vier Wochen Beschäftigung einen solchen von 26 Rentenpfennigen erhalten. Für Frauen wird ein Stundenlohn von 15 Rentenpfennigen und für Melkfrauen pro Tag 60 Pfg. angeboten. Großknechte mit Füttern der Pferde 300 Mk., Kleinknechte 200 Mk., Großmädchen mit Melken 250 Mk., Kleinmädchen 150 Mk. pro Jahr. Für die Wochenlöhner wird ein Stundenlohn von 8 Pfennigen angeboten. Pferdepfleger täglich ohne Kost 10 Pfg., bei Futtermeistern mit Kost 5 Pfg., die anderen Klassen dazwischen. Geschirrgeld 3 Mk. pro Monat.

Urlaub wird in Zukunft ohne Vergütung des Barlohnes gewährt und zwar ab 1. April 1924, das heißt, daß der Deputatarbeiter sein Deputat weiter erhält, der Freiarbeiter ohne Lohnanspruch seinen Urlaub bekommen kann.

Bis zum 27. Dezember muß von der Kollegenschaft im Lande entschieden sein, ob dieses Angebot der Arbeitgeber angenommen werden soll.

Bis zum 1. Januar wird der am 12. Dezember errechnete Barlohn mindestens weiter gewährt.

Also! Außer Arbeitszeitverlängerung und Abbau des Deputats Einteilung der Deputatarbeiter in zwei Klassen, Abschaffung der bisherigen Einteilung der jugendlichen Arbeitnehmer und dafür wieder Einführung der vorsintflutlichen Einteilung in Groß- und Kleinknechte, Beseitigung des Urlaubs und dafür außerordentlich minimale Barlöhne.

Aus diesem Angebot ersieht man, daß die Arbeitgeber in der Landwirtschaft drauf und dran sind, zu versuchen, jeden sozialen Fortschritt zu beseitigen. Diesen Versuch abzuwehren und darüber hinaus das Rad der Weiterentwicklung vorwärts zu drehen, ist Aufgabe der Landarbeiterschaft. Es tritt auch bei diesem Angebot wieder einmal deutlich in Erscheinung, wie notwendig eine starke und straffe Organisation ist. Die Landarbeiter haben daraus ihre Lehre zu ziehen.

Alle Ortsgruppen des Deutschen Landarbeiter-Verbandes müssen nunmehr zu dem Angebot der Arbeitgeber Stellung nehmen und eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung herbeiführen. Das Resultat der Abstimmung muß bis zum 24. Dezember in Händen der zuständigen Kreisleiter sein. Es ist Pflicht eines jeden Landarbeiters, an der Abstimmung teilzunehmen. Für die Zeit bis zum 1. Januar 1924 wurde vereinbart, daß die bisherige Lohnregelung von Bestand bleibt, jedoch mindestens für die Zukunft der Lohn der laufenden Woche zur Auszahlung kommt, das heißt also, daß bei fallendem Roggenpreis der bisherige Lohn weiter gilt. Der Umrechnungspreis für Roggen in der Woche vom 10. bis 15. Dezember beträgt pro Zentner einschließlich 25 Prozent 9250 Milliarden, pro Pfund also 92 Milliarden 500 Millionen Mark.

Die Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

*

Vom Kreisleiter Fick-Stockelsdorf wird uns ein Schreiben des **landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes für die Provinz Schleswig-Holstein** zugesandt:

An die
Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes Kiel.

Wir sind, entgegen unserer früheren Stellungnahme, damit einverstanden, daß mit der kommenden Lohnwoche, also ab 5. bezw. 6. Oktober, auch bei Naturallohnhingabe die 25 Prozent aufgeschlagen werden. Eine Rückwirkung auf vergangene Zeiten lehnen wir jedoch ab wegen der technischen Schwierigkeiten sowohl als auch wegen der damaligen von Ihnen abgegebenen Erklärung. Es besteht wohl kein Zweifel, daß auch in den übrigen Fällen immer 25 Prozent dem Roggenpreise zuzuschlagen sind, also bei den in der 19. Zusatzvereinbarung unter „1" genannten Roggenmengen. Das würde also sein: 1, 2, 7, 8, 9, außerdem unter „Zulagen" auch die Ziffern 1—4.

Was den Marktpreis für nicht geliefertes Deputatkorn anbetrifft, also für die 30 Zentner, so kommt da ein Zuschlag von 25 Prozent nicht in Frage.

Was die Knechte und Mägde anbetrifft, so bleiben wir bei unserer Auffassung, daß maßgebend ist die Notierung drei Tage vor Monatsschluß zuzüglich 25 Prozent. Es ist dann nicht entscheidend, was die Landarbeiter sonst nach der letzten Notierung bekommen, vielmehr ist lediglich die Notierung drei Tage maßgebend. Das gibt unseres Erachtens klar der Wortlaut der 25 Zusatzvereinbarung. Sollte es anders gemeint gewesen sein, dann hätte man sagen müssen, daß die Monatslöhner den Betrag erhalten, nach dem den andern Arbeitern ausgezahlt wird. Vielleicht wäre das einfacher bezw. richtiger gewesen. Die Fassung ist aber nun einmal anders geworden und wir müssen unseres Erachtens, um nicht je nach den Preisschwankungen eine verschiedene Auffassung zu erhalten, solange am Wortlaut des Vertrages festhalten, bis er abgeändert ist. Bei steigenden Preisen haben Sie einen gewissen Vorteil, bei fallenden Preisen dagegen die Arbeitgeber.

Hochachtungsvoll
Landwirtschaftlicher Arbeitgeberverband für die Provinz Schleswig-Holstein.
gez. Hahne.

Geschäftliches.

Im Moislinger Baum treten stets neue Kräfte auf, um das zahlreiche Sonntagspublikum zu unterhalten. Eine Hauptzugkraft bildete das Gastspiel der bekannten Hamburger Komiker Gebr. Wolff, die der Besitzer, Herr Jaede, auch für den kommenden Sonntag verpflichtete. Weiter ist da der Ansager und Humorist Giesenberg, der Komiker Baumann, sowie Frl. Vita Majona, die alle großen Anklang finden. Recht munter spielt die Kapelle des Herrn Stuht. So ist der Moislinger Baum zu einem Sammelpunkt für viele Familien geworden. Am ersten Weihnachtsfeiertag findet eine Bescherung aller anwesenden Kinder durch den Weihnachtsmann, Herrn Dir. Ernst Albert statt.

Briefkasten.

Hypothekenzinsen. Vorläufig hat der Gläubiger nur Anspruch auf Papiermark, jedoch bestehen Gerichtsentscheidungen, die eine gewisse Aufwertung in mäßigen Grenzen zulassen. Nach neuesten Berichten will das Reichskabinett eine Aufwertung der Hypotheken grundsätzlich ausschließen. — 1,05 Goldmark für den Kampffonds.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 17. Dezember. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Das Angebot ist etwas geringer geworden, wodurch am Markt eine kleine Befestigung eintrat. Bei Börsenbeginn nannte man in Rentenmark: Weizen mit 8,10—8,40 Mk., Roggen mit 7,20—7,40 Mk., Hafer mit 6,20—6,45 Mk., ausländ. Gerste mit 8,60—8,70 Mk., inländische Gerste mit 8,00—8,30 Mk., Raps mit 17,75—18,50 Fl., Hirse mit 7—7,25 Fl. und Leinsaat mit 16—17 Fl. je 100 Kilo. Mais, fällig, 8,30—8,50 frei Kaiwaggon, Oelkuchen stetig und unverändert.

Heu und Stroh. Hamburg, 17. Dezember. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wiesenheu, lose 2,00, gepreßt 2,90, Getreidestroh, gebündelt 0,90, gepreßt 1,10 Goldmark, alles je Ztr. in Rentenmark frei Waggon, inl. Verladestation. Tendenz flau.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Furagehandels. Hamburg, 17. Dezember. Hafer 9,50, Mischfutter 8,50. Häcksel 3,75, Wiesenheu gebd. 5, Timothy- und Kleeheu, gebd. 7, Preßstroh 3,75 (alles per Zentner in Rentenmark).

Für den Weihnachtstisch:
Weine
Spirituosen
Edellikköre
(9547
Henning Thorngren, G. m. b. H., Lübeck.
Kleinverkauf: Geibelplatz 21. Fernsprecher 1095.
Kellereien: Geibelplatz 2.

Amtlicher Teil

Das Gesetz- und Verordnungsblatt
der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 93 vom 18. Dezember 1923 enthält: (9589
Ausführungsbestimmungen zur Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919.
Senatskanzlei.

Forstrevier Israelsdorf.
Holzverkauf
am Mittwoch, den 19. d. Mts., von vorm. 10 Uhr an in der Forsthalle zu Israelsdorf.
Bezirk Wesloe. Forstorte: Fuchsberg, Wesloer Moor und Meierland. 189 St. Fichten-Stämme II.—V. Kl., 20 St. Kiefern-Stämme III. und IV. Kl., 332 St. Fichten-Stangen I.—IV. Kl., 31 rm Nadelholz-Rollen, 1 m lg., 89 rm Laubholz und Nadelholz Kluft und Knüppel, 4 Bd. Birken-Besenreisig, 21 Hfn. Durchforstungsbusch, 38 Hfn. Auslüuterungsbusch.
Bezirk Alt-Lauerhof. Forstorte Hase und Regel. 150 rm Nadelholz-Rollen, 1 und 2 m lang, 5 rm Fichten-Pfähle, 2 m lang, 60 rm Fichten Kluft und Knüppel, 3 Hfn. Buchen Erbsbusch.
Listen sind ab Montag, den 17. d. Mts. auf der Stadtkasse zu Lübeck und den Dienststellen Alt-Lauerhof und Wesloe erhältlich.
Waldhusen, im Dezember 1923. (9548
Der Revierförster.

Oeffentliche Zustellung.
Ehefrau Anna Holthaus, geb. Maxworm, Mannheim, vertreten durch Rechtsanwälte Dres. Görz, Muus, Brehmer, Hinrichsen in Lübeck, klagt gegen Stuckateur Willi Holthaus, früher Lübeck, jetzt unbekannten Aufenthalts, mit Antrag, Ehe der Parteien zu scheiden und Beklagten für schuldig zu erklären. Klägerin ladet Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor Landgericht Lübeck, Zivilkammer II, auf Dienstag, 19. Februar 1924, morgens 10 Uhr, mit Aufforderung, sich durch einen hier zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen.
Lübeck, 12. Dezbr. 1923.
Gerichtsschreiber des Landgerichts. (9552

Zivilstandsamtlicher Teil
Emma Frahm
Otto Gehlken
Verlobte. (9590
Lübeck Lübeck
im Dezember 1923.

Arbeit.-Radf.-Bund „Solidarität"
Ortsgruppe Lübeck.
Nachruf.
Wir erhielten die traurige Nachricht, daß unser Genosse
Paul Laatz
am 30. Sept. den Tod in der Ostsee gefunden hat. (9566
Wir werden unserm jungen, lieben Genossen ein dauerndes Andenken bewahren.
Der Vorstand.

Chorverein Lübeck.
Plötzlich und unerwartet starb unser langjähr. Sangesbruder (9580
Willi Schönfeldt.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Vorstand.
Beerdigung am Donnerstag, 20. 12. 23, vorm. 9½ Uhr, Kapelle Burgtor. Sänger 9¼ Kapelle.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Bekannten u. Freunden sowie Herrn Pastor Heuer für seine trostreichen Worte, der Gesangsriege der R. E. K., Belegschaft u. Arbeiterrat des Hochofenwerks und dem Verband der Lebensmittel u. Getränkearbeiter unsern innigsten Dank. (9560
Dora Rocksien, Wwe.
Familie Rocksien.

Gesucht werden
1—2 Kontorräume
möglichst Zentrum. Angebote an (9553
Witte & Schweighofer.

1 Puppenwagen billig zu verkaufen. (9571
Reiferstraße 39 I.

Sofa, Tisch, 4 Stühle zu verkaufen. (9582
Johannisstr. 16, Flügel.

Gr. Kinder- u. Babywagen m. Matratze zu verkaufen. (9587
Ziegelstr. 25 b., I.

Kinder-Nähmaschine, -Sparherd und -Puppenwagen, Tisch-Zeugmangel zu verkaufen. (9588
Dornbreites 26.

2 w. Blumenkrippen z. vk. Preis Mk. 12,—. 9585) Dorotheenstr. 15 pt.

Zu verkaufen ein gutes Fernrohr. (9554
Schmiedestr. 11/1.

Eintürig. Kleiderschrank zu verkaufen. (9570
Kl. Vogelsang 1 b, I.

Eil. Kinderbettstelle m. Matratzen zu verk.

Armbrust. Brückenbaukasten, Puppenwagenräd. Bügelsäge zu verk.
9583) Wakenitzstr. 38/20.

Zu verk. guterh. Jünglingshut. Größe 52½ u. 54 cm. Luisenstr. 28, I, r. 9549

2 g. Kleid. f. 12- b. 14-jähr. M. z. verkf. (9586
Chasotstr. 5, II.

Neue Schattenb.-Masch. m. Film u. Bild., 1 Eisenb. m. Sch. u. Tunn., 1 Schattbildertheater zu verk. od. geg. Stabilbaukasten od. Dampfm. zu vert. (9550
Burgfeld, Baracke 8/39.

1 Sportwagen, 1 Sack Daunen zu verk. (9564
Tünkenhagen 26/8.

Mod. Puppensportwagen u. e. reiz. Charakterbaby (wie neu) billig zu verk.
9565) Johannisstr. 23, II, l.

Zu verk. 2 Holzbaukästen u. 2 Mosaikspiele.
9577) Elswigstr. 15 pt.

Gutjag. Fretchen, 2 f. neue Kinder-Pelzschals z. verk. Feldstr. 31. (9557

Zu verk. eine Puppe, 80 cm groß (9584
Rosenstraße 17/10.

3 P. langsch. Herrenst. (versch. Gr.) b. z. vkf. (9574
Kottwitzstr. 55, part.

E. Eckgarderobe z. vkf.
9573 Kl. Vogelsang 1a.

1 schw. Blockwagen z. verkf. o. geg. H.-Fahrr. z. t. Langerethe 15. (9556

Guterhaltener Damen-Mantel gegen Kartoffeln zu tauschen. Ang. u. C 536 a. d. Exp. d. Bl. (9551

2 P. Boxhandschuhe u. Punschingball z. verk. od. z. tausch. Angebote u. C 535 an d. Exp. (9559

Ges. Mandol. u. Angelstock. Angeb. m. Pr. unt. C 537 a. d. Exp. d. Bl. (9581)

Beitragsmarken
für Vereine und Gewerkschaften
fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Achtung — Diebstahl!

Am Freitag, dem 14. d. Mts., vormittags gegen 11 Uhr ist dem Boten des Hochofenwerks, Alfred Schultz aus Lübeck, Blankstraße 11 a, angeblich bei einem epileptischen Anfall auf dem Wege zum Hauptpostamt (Eingang Braunstraße) ein Betrag von

Mk. 36 615,75

abhanden gekommen. Das Geld war in 12 offenen Kuverts mit Aufschriften von Lübecker Firmen und in 7 Wertbriefen an auswärtige Firmen nach Hamburg, Düsseldorf, Anna i. W., Markredwitz, Flensburg, Weidenau b. Siegen und Schönebeck bei Magdeburg verpackt, die zusammen in braunes Packpapier eingeschlagen waren.

Folgende Geldsorten kommen in Frage:

Von Stücken der **Goldanleihe** solche in Höhe von Mk. 4 200.—, Mk. 2 100.—, Mk. 420.—, Mk. 210.—, Mk. 105.—, Mk. 42.— und Zwischenscheinen à Mk. 1.05,

An **Rentenmarkscheinen** 4 Stück à Mk. 50.—, 1 Stück à Mk. 10.—.

Sachdienliche Angaben, die zur Rückerlangung des Geldes führen, sind bei der Kriminalpolizei oder bei der Direktion des Hochofenwerks anzubringen. **Für Wiedererlangung des Geldes setzen wir unter Ausschluß des Rechtsweges 10 % des zurückerstatteten Betrages als Belohnung aus.**

Hochofenwerk Lübeck
A.-G., Herrenwyk bei Lübeck. (9568